

Zukunftscharta
EINEWELT – Unsere Verantwortung



Zukunftscharta

EINEWELT – Unsere Verantwortung

EINEWELT –

Unsere Verantwortung

Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Gerd Müller

Seite 02

Die Bedeutung der Zukunftscharta aus der Perspektive der Zivilgesellschaft

Vorstandsvorsitzender VENRO

Dr. Bernd Bornhorst

Seite 04

Themenpaten

Seite 60

Beteiligte Organisationen und Initiativen

Seite 61

Impressum

Seite 65



Einleitung

Seite 06



Ein Leben in Würde weltweit sichern

Seite 10



Natürliche Lebensgrund- lagen bewahren und nachhaltig nutzen

Seite 18



Wirtschaftswachstum mit Nachhaltigkeit und menschwürdiger Beschäftigung verbinden

Seite 24



Menschenrechte und gute Regierungsführung fordern und fördern

Seite 30



Frieden schaffen, mensch- liche Sicherheit stärken

Seite 36



Kulturelle und religiöse Vielfalt respektieren und schützen

Seite 42



Innovationen, Technologien und Digitalisierung für transformativen Wandel nutzen

Seite 48



Die neue globale Partner- schaft und Multi-Akteurs- Partnerschaften für die Umsetzung entwickeln

Seite 54

EINEWELT – Unsere Verantwortung



Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung Dr. Gerd Müller,
Themenforum am 2. Juli 2014 in Berlin

Liebe Leserinnen und Leser,

wie soll sie aussehen, die eine, nachhaltige und gerechte Welt? Wie werden wir unserer Verantwortung für die Zukunft gerecht? Wie setzen wir die Idee einer globalen Partnerschaft um? Das waren die Ausgangsfragen, mit denen wir uns am 1. April 2014 gemeinsam auf den Weg gemacht haben, um eine Zukunftscharta zu erarbeiten.

238 Tage später können wir die Zukunftscharta in den Händen halten. Sie ist das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen und Diskussionen ganz unterschiedlicher Akteure. Expertinnen und Experten aus Politik, Zivilgesellschaft inklusive Kirchen und Stiftungen, Wirtschaft und Wissenschaft haben sich ebenso an der Zukunftscharta beteiligt wie Bürgerinnen und Bürger. Diskussionen fanden im Internet unter www.zukunftscharta.de und bei Veranstaltungen in ganz Deutschland statt. Online wurden etwa 1.500 Beiträge, Kommentare und Bewertungen verfasst. Bei Veranstaltungen von der Ostsee bis zur Zugspitze, in Augsburg, Berlin, Bonn, Grainau, Hannover, Kiel, Nürnberg, Passau, Potsdam, Quedlinburg, Travemünde, Ulm haben sich einige Tausend weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Zukunftscharta eingebracht. Allein diese breite Beteiligung, aber auch der Geist der Zukunftscharta verdeutlichen:

Entwicklungspolitik beginnt bei uns in Deutschland. Sie fängt bei uns an, hört aber nicht an unseren Grenzen auf. Deshalb haben wir die Zukunftscharta von Anfang an unter das Motto „EINEWELT – Unsere Verantwortung“ gestellt. Die Zukunftscharta spiegelt das wider, indem sie zunächst Themen anspricht, mit denen jeder Einzelne von uns in Deutschland seine Verantwortung für die EINEWELT übernehmen kann. Die Zukunftscharta bleibt aber nicht beim Individuum stehen, sondern formuliert für unterschiedliche Akteure wie Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Deutschland und weltweit klare Aufgaben, um gemeinsam den Weg einer nachhaltigen Entwicklung in den kommenden Jahren zu beschreiten. 2015 wird das Entwicklungsjahr mit neuen internationalen Zielen für nachhaltige Entwicklung, internationalen Verhandlungen für ein Klima-Protokoll und einer deutschen G7-Präsidentschaft.

Ich möchte Sie herzlich einladen, auf dem Weg zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung mitzukommen. Stellen Sie sich jeden Tag die Frage, wie sich Ihr Handeln auf unsere Welt auswirkt. Wo kommen Ihre Lebensmittel, Kleidungsstücke, Technologien her und wie wurden sie hergestellt? Wie viele Plastiktüten kaufen Sie heute, die Sie morgen nicht mehr benötigen? Wie oft

werfen Sie etwas weg, was aber eigentlich noch gut ist? Vieles kann ein wertvoller Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit sein und nur wenn viele sich auf den Weg machen, können wir etwas ändern. Die Zukunftscharta bietet viele Anknüpfungspunkte für Ihr Engagement – sei es in Deutschland oder irgendwo sonst auf der EINEWELT.

In der Zukunftscharta haben alle beteiligten Akteure ihr Wissen und ihre Erfahrungen gebündelt, um in einem Dialogprozess Antworten auf drängende Zukunftsfragen zu formulieren. Das verlief nicht immer im Konsens. Aber Dissens ist hilfreich, um neue Antworten zu finden. Die Antworten, Vorstellungen und Initiativen sind in dieser Zukunftscharta festgehalten.

Dabei geht es um Ernährungssicherung und Gesundheit, Frieden und Selbstbestimmung, um die Bewahrung unserer Umwelt und Klimaschutz, um Menschenrechte und Menschenwürde. Kurz: Es geht um die zentralen Fragen unseres Lebens, die heute zu Überlebensfragen für die Menschheit geworden sind.

Die Zukunftscharta ist ein Referenz-Dokument, an dem wir uns alle messen lassen wollen. Das BMZ wird jährlich Bilanz ziehen, was es zur Umsetzung der Zukunfts-

charta beigetragen hat, und ich lade Sie hiermit bereits herzlich ein, an dieser Bilanz mitzuwirken.

In den kommenden Jahren will ich durch zahlreiche konkrete Aktivitäten die Zukunftscharta mit Leben füllen. Seien Sie dabei und engagieren Sie sich weiter. Wir haben nur die EINEWELT und die liegt in unserer Verantwortung.



Dr. Gerd Müller

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Bedeutung der Zukunftscharta aus der Perspektive der Zivilgesellschaft



Vorstandsvorsitzender VENRO
Dr. Bernd Bornhorst,
24. November 2014 in Berlin

„Hat dieses Vorhaben überhaupt eine Bedeutung für uns? Oder sollen wir hier nur für staatliche Werbezwecke instrumentalisiert werden?“ Das waren die ersten Reaktionen und Fragen, die wir uns bei VENRO gestellt haben, als die Einladung zur Mitwirkung beim Prozess der Erstellung der Zukunftscharta an uns herangebracht wurde. Nach intensiver Diskussion haben wir uns dann darauf eingelassen, an diesem Prozess mitzuwirken. Für VENRO war dies nicht nur eine inhaltlich begründete Entscheidung, sondern auch eine Art vertrauensbildende Maßnahme mit der neuen Leitung des BMZ.

Rückschauend betrachtet, hat sich dieses Wagnis gelohnt. Was wir erlebt haben, war eine ergebnisoffene Zusammenarbeit, in der alle Seiten voneinander gelernt haben. Was wir auch erlebt haben, war eine breit aufgestellte Diskussion. Breit im Sinne der vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten auf Foren, im Internet oder im Koordinierungskreis. Breit auch in der inhaltlichen Themenwahl, die nicht nur um BMZ-Themen im engeren Sinne kreiste. Und schließlich auch breit in dem Sinne, dass nicht nur in Berlin, sondern an vielen Orten der Republik gearbeitet und diskutiert wurde. Dies alles hat dazu geführt, dass hier nicht immer die Gleichen über das immer Gleiche sprachen. Dies war ein großer Gewinn – wenngleich nicht immer ganz einfach. Dieser Prozess war vermutlich für alle Involvierten eine interessante und bereichernde Erfahrung.

Aber auch in der Zukunftscharta selbst spiegelt sich dieser Entstehungsprozess wider. So ist z. B. die Tatsache, dass es ein eigenes Handlungsfeld zum Thema Frieden und menschliche Sicherheit gibt, Ergebnis einer intensiven Diskussion und vieler Interventionen aus der Zivilgesellschaft. Die Tatsache, dass die Zukunftscharta nicht nur über Themen reflektiert, die im Zuständigkeitsbereich des BMZ liegen, ist auch der

breiten Diskussion verschiedener gesellschaftlicher Kreise geschuldet. Deutlich wird hier, dass die Aufgabe, ein menschenwürdiges Leben für alle und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit zu sichern, weit über die Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinne hinausgeht. Wir müssen daher über die Entwicklungszusammenarbeit nachdenken – aber auch darüber hinaus.

Im Ergebnis beschreibt die Zukunftscharta gut die Herausforderungen, vor denen wir stehen, wenn wir eine lebenswerte Welt für alle Menschen und zukünftige Generationen schaffen und erhalten wollen. Der Wert der Charta wird aber erst in den nächsten Monaten und Jahren sichtbar werden – oder nicht. Die Zukunftscharta ist ein Dokument, welches schwach ist und überbewertet wäre, wenn man es als Schlusspunkt eines Prozesses begreifen würde. Die Zukunftscharta kann aber ein gutes Dokument und Instrument sein oder werden, wenn wir davon ausgehen, dass es nun erst richtig losgeht mit der Umsetzung.

Hier aber liegt auch die größte Schwäche der Zukunftscharta. Es fehlen ihr klare Zielvorstellungen und ein konkreter Umsetzungsplan. Hier ist nun vor allem und

als Erstes die Politik gefordert. Auch wenn viele gesellschaftliche Akteure an der Erarbeitung der Charta mitgewirkt haben, die politische Verantwortung liegt beim BMZ. Für die Zivilgesellschaft aber gewinnt die Charta gerade in dieser Umsetzung ihre Bedeutung. Sie kann ein wertvolles Instrument sein, mit dem wir politische Veränderungen mit beeinflussen, aber auch einfordern können. Wir werden die Arbeit des BMZ konstruktiv kritisch begleiten, wenn nun Umsetzungsvorschläge erarbeitet und Ziele operationalisiert werden sollen.

Gleichfalls bedeutend ist es für uns, die Zukunftscharta als Instrument nutzen zu können, mit dem wir mehr kohärentes Handeln der gesamten Bundesregierung einfordern können. Kohärentes Handeln aller Ressorts in Bezug auf eine auf Nachhaltigkeit und Entwicklungsfreundlichkeit ausgerichtete Gesamtpolitik im Umgang mit den Ländern und Menschen im globalen Süden. Kohärentes Handeln aber auch, wenn es darum geht, welches Modell wir hier in Deutschland wählen und vorleben. Wenn es um die notwendige Transformation in Richtung einer postfossilen, nachhaltigen und auf gerechten Zugangschancen für alle Menschen basierenden Lebensweise geht, sind alle Länder Entwicklungsländer. Auch

Deutschland muss hier zeigen, dass es sich in die richtige Richtung entwickeln wird.

Die Bundeskanzlerin hat die Zukunftscharta am 24. November 2014 entgegengenommen. Aus Perspektive der Zivilgesellschaft hat sie sich damit deren Anliegen zu eigen gemacht. Auch wenn dies keinen Kabinettsbeschluss ersetzt, erwarten wir nun, dass die Bundeskanzlerin im Rahmen ihrer Richtlinienkompetenz für eine ressortübergreifende Umsetzung der Charta sorgt. VENRO wird die Charta nutzen, um diesbezüglich immer wieder nachzufragen, einzufordern und konstruktiv vorzuschlagen. Wenn es uns auf diese Weise gelingen kann, Prozesse voranzutreiben und konkrete Ergebnisse zu erzielen, z. B. bei der Frage von Unternehmensverantwortung oder der Unterfütterung der Wachstumsdiskussion mit konkreten Instrumenten, wie z. B. einer ökologischen Steuerreform, vor allem aber bei der Umsetzung der künftigen Post-2015-Agenda in Deutschland, dann hat die Zukunftscharta einen durchaus bedeutenden Beitrag geleistet, wenn es darum geht, einen kleinen Schritt in Richtung mehr Gerechtigkeit weltweit zu gehen.

Dr. Bernd Bornhorst
Vorstandsvorsitzender
VENRO

Einleitung



Bundespräsident
Joachim Gauck

*„Die Zukunft kommt
nicht von selbst.“*

Wenn wir uns als Weltgemeinschaft gemeinsam Ziele setzen und diese mit vereinten Kräften und beharrlich verfolgen, dann können wir etwas bewegen. Das haben die Millenniumsentwicklungsziele gezeigt, die sich die Weltgemeinschaft zur Jahrtausendwende gesetzt hat, um Armut und Hunger, Kinder- und Müttersterblichkeit, Aids und Malaria zu bekämpfen sowie Bildung, Geschlechtergerechtigkeit und Umweltschutz zu verbessern.

In einigen Bereichen der Millenniumsziele sind **bedeutende Fortschritte** zu verzeichnen: Wirtschaftlicher Aufschwung und politisches Handeln haben in vielen Weltregionen **viele Millionen Menschen aus der absoluten Armut** (weniger als 1,25 Dollar am Tag) befreit. Deren Anteil an der Weltbevölkerung hat sich seit 1990 halbiert. Auch viele andere Kennzahlen der zur Jahrtausendwende erarbeiteten MDG zeigen uns, dass wir bei der Bekämpfung von Armut und Hunger, bei der Grundschulbildung und in anderen Sektoren Fortschritte machen, auch wenn noch viel zu tun bleibt.

Viele der bereits gesteckten Ziele wurden allerdings noch nicht erreicht und **gerade bei jenen globalen Herausforderungen, die die gesamte Menschheit betreffen,**

tun wir uns bislang besonders schwer: Der Klimawandel, die Übernutzung natürlicher Ressourcen, Wirtschafts- und Finanzkrisen, Gewaltkonflikte, Menschenrechtsverletzungen, demografische Veränderungen und globale Verteilungsprobleme betreffen alle Menschen in der EINENWELT, die immer weiter zusammenwächst.

Im 21. Jahrhundert findet Entwicklungspolitik nicht mehr nur in fernen Ländern statt. Denn durch die Globalisierung, zum Beispiel über lange Lieferketten, sind die Lebensbedingungen der **Menschen heute weltweit vielfältig miteinander verknüpft.** Viele Rohstoffe für unsere Handys und Computer kommen aus Afrika, unsere Kleider aus Asien und die Sojabohnen für unser Viehfutter von Feldern in Südamerika. Diese Beispiele zeigen, dass für uns **ganz alltägliche Dinge wie Essen, Kleidung oder das Handy ohne weltweite Zusammenhänge nicht mehr funktionieren.** Dies schafft in erheblichem Maße Arbeitsplätze in Entwicklungs- und Schwellenländern, bedeutet aber auch, **dass es uns immer mehr angeht,** unter welchen Umständen unser Essen, unsere Kleidung, unser Auto und unser Handy weltweit produziert werden. Die Näherinnen in Asien schufteten häufig für Hungerlöhne, die Rohstoffe für unsere Handys haben bereits Bürgerkriege

finanziert und nur mit der Erhaltung der Wälder werden wir den Klimawandel begrenzen können.

Unser Konsumieren und Produzieren darf nicht auf Kosten anderer Menschen, künftiger Generationen und unserer EINENWELT gesichert werden. Das Ziel einer ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung können wir nur unter bestimmten Voraussetzungen erreichen. Das bedeutet, dass unsere Handys, Autos, unsere Kleidung und unsere Nahrung sowie die Energie, die wir verbrauchen, langfristig so produziert werden müssen, dass sie die Ressourcen unseres Planeten schonen und diese auch noch zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen. Außerdem müssen Unternehmen verantwortungsbewusst handeln, Menschenrechte achten und ihren Beschäftigten zumindest menschenwürdige Arbeitsbedingungen ermöglichen. Kurzum: Die globalen Heraus-



Prof. Ernst Ulrich
von Weizsäcker,
Mitglied des
Club of Rome

*„Wir brauchen endlich
wieder mehr
Langfristigkeit.“*

forderungen sind so groß, dass sie nur durch gemeinsame Anstrengungen gelöst werden können. **Jede und jeder Einzelne trägt in unserer EINENWELT Verantwortung und kann einen kleinen, aber wichtigen Beitrag leisten.** Bürgerinnen und Bürger, die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag, Länder und Kommunen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, sie alle sind im Rahmen ihrer Möglichkeiten, ihrer Kompetenzen und ihrer Verantwortlichkeiten aufgerufen, wirksame Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung bei uns und weltweit zu leisten. Denn **zukunftsfähige Politik fängt bei uns in Deutschland an, reicht aber weit über uns hinaus.**

Bereits in diesem Jahr hat eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen in ihrem Abschlussbericht Vorschläge für übergreifende Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) erarbeitet, die 2015 von der Weltgemeinschaft verhandelt und von den Ländern, jeweils angepasst an ihre Situation, aber gemeinsam, umgesetzt werden sollen. Um etwas verändern zu können, braucht diese Agenda breite Anerkennung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, auf der ganzen Welt. **Ziel dieser Zukunftscharta** ist es deshalb, in Deutschland möglichst viele Akteure zusammenzubringen, um einen gesellschaftlich breit verankerten deutschen Beitrag für nachhaltige Entwicklung innerhalb der veränderten Realität sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu identifizieren.

Grundlage dieser Zukunftscharta ist die Einsicht, dass gemeinsame Ziele in einer neuen **globalen Partnerschaft notwendig sind**, um in einem veränderten entwicklungspolitischen Umfeld die drängenden Herausforderungen zu bewältigen. Anstelle der klassischen Zweiteilung in Geber- und Empfängerländer ist eine globale Partnerschaft vonnöten, bei der alle Länder und Akteure Verantwortung übernehmen. Basis dieser Partnerschaft sind die universell gültigen Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Nachhaltigkeit muss ein zentrales Prinzip allen politischen und gesellschaftlichen Handelns sein. Die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen menschlicher Entwicklung müssen immer wieder neu durch politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln in Einklang gebracht werden. Dabei müssen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ihr Handeln an gemeinsamen Werten und Normen ausrichten, insbesondere den universellen Menschenrechten.

Es ist auch die Verantwortung der deutschen Politik, dabei für angemessene **Rahmenbedingungen** zu sorgen und ihre nationalen wie internationalen Handlungen und Entscheidungen kohärent und politikfeldübergreifend am Ziel nachhaltiger Entwicklung auszurichten. Deutsche Politik wird in bedeutendem Umfang im europäischen Kontext entwickelt, abgestimmt und gestaltet. Deshalb muss sich Deutschland hier aktiv im Sinne einer kohärenten Politik für nachhaltige Entwicklung einbringen. Dasselbe gilt auch für die Vereinten Nationen, die für die Lösung grenzüberschreitender Probleme und die Realisierung neuer Partnerschaften unverzichtbar sind.

Zugleich müssen auch nichtstaatliche Akteure wie Wirtschaft, Wissenschaft und

Zivilgesellschaft in ihren jeweiligen Handlungsfeldern Verantwortung für nachhaltige Entwicklung übernehmen. In dieser Zukunftscharta werden **Partnerschaften zwischen Regierungen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatwirtschaft** befürwortet, die nachhaltige Lösungen für die großen Zukunftsfragen erarbeiten. Sie sollen als ein wichtiges Instrument dienen, um die neue globale Partnerschaft mit Leben zu füllen und ihre Ziele zu verwirklichen. Länder mit hohem Einkommen sind hierbei besonders gefordert, zusätzliche öffentliche ebenso wie private Mittel zur Umsetzung bereitzustellen. Zugleich wächst mit den finanziellen Handlungsspielräumen wirtschaftlich aufstrebender Länder auch deren Verantwortung, sich einzubringen.

Der Dialog zur Zukunftscharta leistet einen Beitrag zur Umsetzung der deutschen Strategie für nachhaltige Entwicklung (nationale Nachhaltigkeitsstrategie) und ist als solcher ein Leuchtturmprojekt zu ihrer Umsetzung. Diese Strategie definiert nachhaltige Entwicklung als politisches Leitprinzip und macht es mit konkreten Indikatoren und Zielen, Institutionen und Verfahren praktisch wirksam. Für die anstehende Überarbeitung der Strategie kann die Zukunftscharta dazu beitragen, diese stärker international auszurichten. Zugleich

können Zukunftscharta und nationale Nachhaltigkeitsstrategie verdeutlichen, wie konkret Deutschland an nachhaltigen Lösungen für Zukunftsfragen arbeitet. Dadurch erhöhen alle deutschen Akteure ihre Glaubwürdigkeit und damit ihren Einfluss in europäischen und internationalen Verhandlungen zu den neuen Zielen nachhaltiger Entwicklung.

Im Rahmen des Dialogprozesses wurden für diese Zukunftscharta **acht Hand-**

lungsfelder identifiziert, die **zentrale Zukunftsfragen** aufgreifen. Wir wollen die Zukunftscharta im **Entwicklungsjahr 2015** gemeinsam in die Öffentlichkeit in Deutschland tragen und für deren Umsetzung werben. Damit wollen wir nicht zuletzt auch die Umsetzung der international angestrebten Ziele für nachhaltige Entwicklung in Deutschland und durch deutsche Akteure vorantreiben. **Wir haben nur die EINEWELT – sie liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung.**

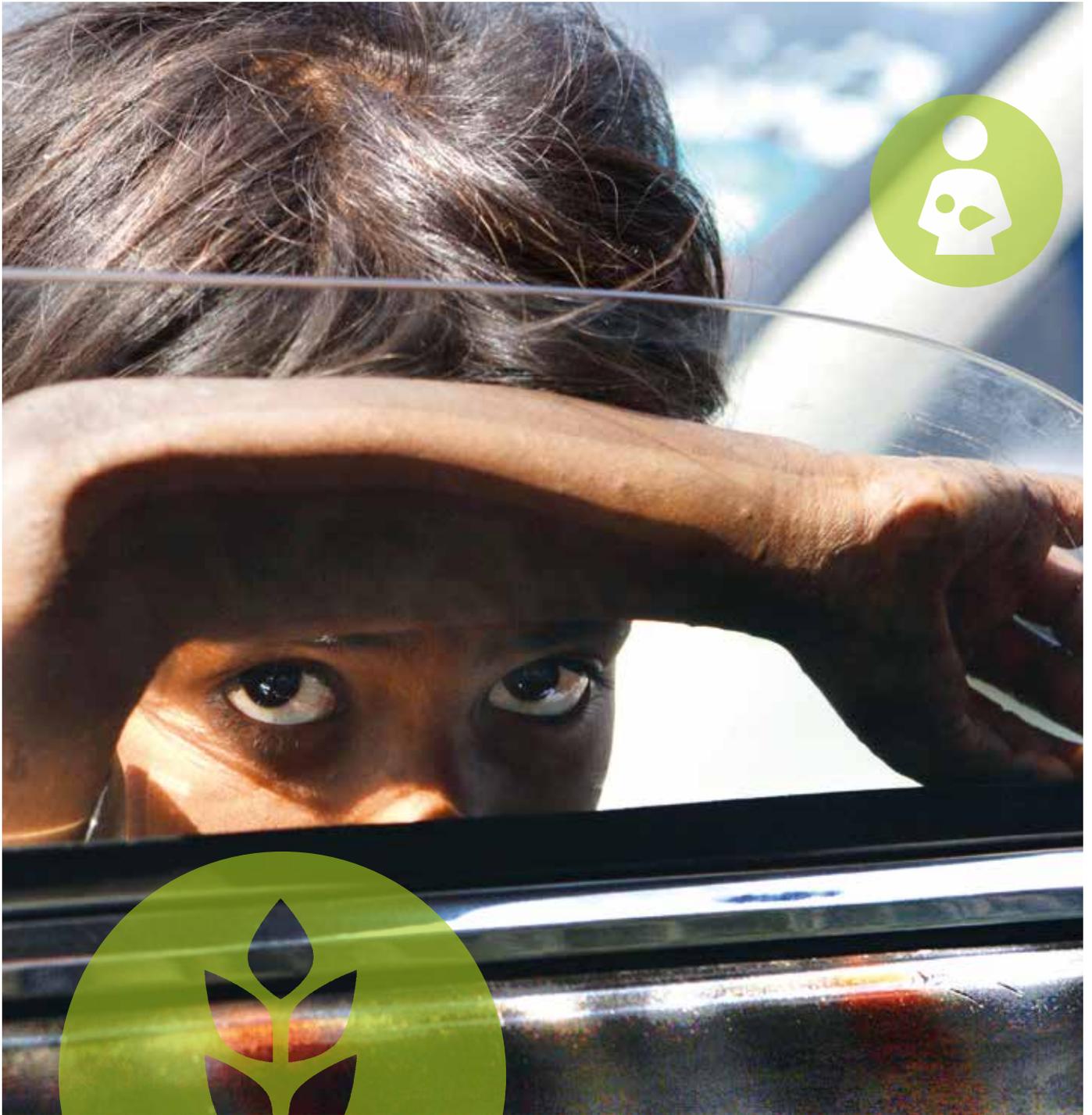
Die acht Handlungsfelder der Zukunftscharta lauten:

1. **Ein Leben in Würde weltweit sichern**
2. **Natürliche Lebensgrundlagen bewahren und nachhaltig nutzen**
3. **Wirtschaftswachstum mit Nachhaltigkeit und menschenwürdiger Beschäftigung verbinden**
4. **Menschenrechte und gute Regierungsführung fordern und fördern**
5. **Frieden schaffen, menschliche Sicherheit stärken**
6. **Kulturelle und religiöse Vielfalt respektieren und schützen**
7. **Innovationen, Technologien und Digitalisierung für transformativen Wandel nutzen**
8. **Die neue globale Partnerschaft und Multi-Akteurs-Partnerschaften für die Umsetzung entwickeln**

01 Ein Leben in Würde weltweit sichern

*„Nicht Unmoral ist das Problem
unserer heutigen Gesellschaft,
sondern Bequemlichkeit.“*

Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber,
Direktor des Potsdam-Instituts
für Klimafolgenforschung (PIK)



Ein Leben in Würde weltweit sichern

Ausgangslage

Ein Leben in Würde ist nur möglich, wenn die Menschenrechte geachtet werden und die elementaren Lebensgrundlagen gesichert sind. Das erfordert vor allem die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit, die Überwindung von Hunger und Armut in all ihren Formen, gerechte Bildungschancen, die Gleichberechtigung der Geschlechter und eine umfassende Gesundheitsversorgung sowie eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Bei der Bekämpfung von absoluter Armut und Hunger sowie im Bildungsbereich, der Gesundheits- und Wasserversorgung sind in den letzten 15 Jahren erhebliche Fortschritte gemacht worden:

- Der Anteil der Weltbevölkerung in absoluter Armut konnte halbiert werden und die Zahl der chronisch Hungernden ist weltweit gesunken;
- der Anteil der Kinder mit Grundschulbildung hat sich von 83 auf 90 Prozent erhöht;
- die Kindersterblichkeit konnte halbiert, die Müttersterblichkeit fast halbiert werden;
- 2,3 Milliarden Menschen haben seit 1990 verbesserten Zugang zu Wasser erhalten.





Ungeachtet dieser Trends und Erfolge bleibt viel zu tun: Noch immer

- leiden über 800 Millionen Menschen an Hunger und ist eine weitere Milliarde Menschen chronisch mangelernährt;
- können 250 Millionen Kinder nicht lesen und schreiben, weil die Qualität der angebotenen Bildung nicht ausreicht oder der Grundschulabschluss nicht erreicht wird;
- sterben täglich rund 800 Frauen und Mädchen an Komplikationen während Schwangerschaft und Geburt und sind die Fortschritte bei der Kinder- und Müttersterblichkeit am weitesten von den in den Millenniumsentwicklungszielen gesteckten Zielen entfernt;
- bleiben mindestens 1,8 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,5 Milliarden ohne verbesserte Sanitärversorgung.

Betrachtet man die Hauptgründe für ein Ausbleiben von Entwicklungserfolgen, so wird häufig ein Versagen der Politik und staatlicher Institutionen deutlich, die sich sowohl national als auch international nicht ausreichend für benachteiligte Bevölkerungsgruppen einsetzen können oder wollen. Diskriminierung, Marginalisierung und Ausgrenzung erklären somit häufig, warum es bei der Bekämpfung von



Armut nicht schneller vorangeht. Oft sind autoritäre Macht- und Herrschaftsstrukturen dafür verantwortlich, dass Anliegen, Interessen und Bedürfnisse armer und benachteiligter Bevölkerungsgruppen sowie insbesondere die Rechte von Kindern, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen nicht berücksichtigt oder missachtet werden. Der Anteil der Menschen mit Behinderungen macht etwa ein Siebtel aller Menschen weltweit aus. Davon lebt ein Großteil in Entwicklungsländern und ist oft zudem besonders stark von Armut betroffen.

Wo Menschenrechte systematisch verletzt werden, wo Konflikte gewaltsam ausgetragen werden und Menschen zur Flucht gezwungen werden, ist es besonders schwierig, ein Leben in Würde zu sichern und nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Diese Probleme verschärfen sich im Kontext schwacher und fragiler Staaten und überall dort, wo Kinder und Jugendliche strukturell benachteiligt, die Gleichberechtigung der Geschlechter missachtet und Menschen auf Basis von Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Alter, Behinderung, Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung systematisch diskriminiert werden.



Die Zukunftsziele

Entwicklungspolitik muss künftig noch stärker dort ansetzen, wo die Not am größten ist: bei den Ärmsten und Verletzlichsten. Sie muss dabei stärker berücksichtigen, dass die Mehrheit der Armen inzwischen in Ländern mit mittlerem Einkommen und in wachsendem Maße in Städten lebt. Indes leben viele der Ärmsten und Verletzlichsten nach wie vor in ländlichen Regionen, die nach Jahrzehnten der Vernachlässigung mehr Aufmerksamkeit der eigenen Regierungen, aber auch der Entwicklungspolitik benötigen. Für beide Gruppen müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, dabei unsere Zusammenarbeit mit den Partnerländern

an den jeweiligen Kontext anpassen und diese insbesondere auch konzeptionell bei der Armutsbekämpfung unterstützen. Eine für viele Länder neue Herausforderung ist zum Beispiel eine alternde Bevölkerung und die Bekämpfung von Altersarmut. Ein substanzieller Teil der Ärmsten und Verletzlichsten lebt zudem in fragilen Staaten, die auf Unterstützung durch die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe besonders angewiesen sind. Hier ist die Entwicklungspolitik gefordert, langfristige Konzepte zu entwickeln und Partnerschaften jenseits der Nothilfe einzugehen.

Unser zentrales Ziel ist es, extreme Armut und Hunger bis zum Jahr 2030 zu beseitigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch mit etwas mehr als 1,25 Dollar pro Tag – der gegenwärtigen, von der Weltbank definierten Grenze zur absoluten Armut – ein menschenwürdiges Leben kaum möglich ist. Deshalb muss nicht nur Armut in all ihren Dimensionen adressiert, sondern insbesondere auch Einkommensungleichheit reduziert werden. Gleichzeitig bedarf es neuer Messmethoden von Armut und Ungleichheit, um die unterschiedlichen Dimensionen wie Bildung oder Gesundheit abzubilden.

Renate Bähr,
Geschäftsführerin der
Deutschen Stiftung
Weltbevölkerung



Die heute hungernden und an Mangelernährung leidenden Menschen, vor allem Kleinkinder, Schwangere und Stillende, müssen Zugang zu ausreichender, bezahlbarer und gesunder Nahrung, zu Gesundheitsdiensten und sauberem Wasser erhalten. Partnerstaaten müssen ermutigt und darin unterstützt werden, das Recht auf Nahrung umzusetzen. Voraussetzungen dafür sind die Bewahrung und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Politik für ein menschenwürdiges Leben erfordert die Einbeziehung aller Politikfelder, insbesondere der Finanz-, Wirtschafts-, Handels-, Landwirtschafts-, Bildungs-, Gesundheits- und Umweltpolitik. Dies zu berücksichtigen, liegt maßgeblich in der nationalen Eigenverantwortung aller Länder. Um Partnerländer darin zu unterstützen, müssen aber auch die deutsche und die europäische Entwicklungspolitik kohärent andere Politikbereiche mitdenken. Dies gilt nicht zuletzt hinsichtlich der Außen- und Sicherheitspolitik. Vor allem aber ist es die internationale Handelspolitik: Industrieländer müssen diese so gestalten, dass sie Armut und Umweltzerstörung nicht verschärft – sondern verringert.

Die deutsche Entwicklungspolitik muss weltweit mehr in die Umsetzung des Rechts auf Bildung investieren und dabei insbesondere die Rechte von Kindern, Jugendlichen und Frauen berücksichtigen. Da Menschen mit Behinderungen die geringsten Chancen auf Bildung haben, sollte deren Situation besondere Aufmerksamkeit erfahren. Darüber hinaus müssen Grund- und Sekundärbildung stärker als bisher in und auch außerhalb der Schule gefördert werden. Auch die Förderung von Sexualaufklärung ist ein wichtiger Ansatz, um unter anderem ungewollten Schwangerschaften, Müttersterblichkeit und hohen HIV-Raten vorzubeugen.

„Solange nicht für alle Menschen der Zugang zu den allgemeinen Menschenrechten – insbesondere zu Nahrung, Bildung und Gesundheit – sichergestellt ist, kann es keine nachhaltige Entwicklung geben.“



Zukunftsfähige Politik muss lebenslanges, inklusives Lernen und die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse fördern. Auch wir in Deutschland müssen einen Bildungsauftrag an uns richten, um Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Kindergärten, Schulen, Universitäten und der Berufsausbildung zu verankern.

Bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf den bisherigen Erfolgen aufbauen. Die Weltgemeinschaft will

Polio ausrotten und die Bekämpfung von Aids, Tuberkulose, Malaria und anderen vernachlässigten Tropenkrankheiten vorantreiben. Wir wollen insbesondere dazu beitragen, die Zahl der HIV-Neuinfektionen bis 2030 um 90 Prozent zu senken. Heute wissen wir: Ein Ende von Aids bis 2030 ist möglich. Dazu will die deutsche Entwicklungspolitik beitragen. Zur Vermeidung von Epidemien wie der jüngsten Ebola-Krise ist es zudem wichtig, die Zusammenhänge von Gesundheitsdiensten und sozialen Sicherungssystemen



Michael Windfuhr,
stellvertretender
Direktor des Deutschen
Instituts für Menschen-
rechte

*„Würde heißt
im Grunde,
selbstbestimmt
zu sein.“*





in fragilen Staaten und beim Wiederaufbau nach gewaltsamen Konflikten stärker in den Blick zu nehmen.

Auch Mütter- und Kindersterblichkeit müssen weiter sinken, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik bleiben. Damit auch die ärmsten Entwicklungsländer die entsprechenden Gesundheitsziele erreichen können, müssen wir sie dabei unterstützen, ihre Gesundheitssysteme auszubauen und zu stärken. Unser Ziel ist eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Dies setzt auch voraus, Diskriminierung beim Zugang zu Gesundheit aufgrund von Herkunft, Alter, Geschlecht, Behinderung, Ehestand oder sexueller Orientierung zu beseitigen.

Die deutsche Entwicklungspolitik setzt sich insgesamt für soziale Gerechtigkeit und die Verringerung von Ungleichheit ein. Sie will insbesondere dazu beitragen, das Menschenrecht auf soziale Sicherheit weltweit zu verwirklichen, indem wir den Aufbau inklusiver sozialer Sicherungssysteme, wie Alters-, Kranken- und Arbeitsunfähigkeitsversicherungen, unterstützen.

Weltweit sind mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und politisch oder religiös motivierter Verfolgung sowie Umweltkatastrophen – so viele wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Ein Großteil von ihnen ist als Binnenflüchtlinge innerhalb ihrer jeweiligen Landesgrenzen unterwegs. Die große Mehrheit dieser Menschen bewegt

sich in und zwischen Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Dort müssen die Ursachen von Flucht und Vertreibung systematisch bekämpft werden. Die Aufnahmeländer von Flüchtlingen in den großen Flüchtlingsregionen müssen dabei unterstützt werden, eine sichere und menschenwürdige Flüchtlingsaufnahme zu ermöglichen. Deutschland soll zudem aktiv daran mitwirken, Flüchtlingen einen sicheren, menschenwürdigen und produktiven Aufenthalt in Deutschland und Europa zu ermöglichen sowie die Reintegration von Flüchtlingen zu fördern. Der unerträglichen Flüchtlingslage an der Südgrenze Europas muss mit einer europäischen Migrationspolitik begegnet werden, die entwicklungsfreundlich und menschenwürdig gestaltet ist.

02 Natürliche Lebensgrundlagen bewahren und nachhaltig nutzen

*„Was muss man tun,
damit der Mensch endlich begreift,
dass er ein Teil der Natur ist?“*

Marie Kühn, Schülerin



Natürliche Lebensgrundlagen bewahren und nachhaltig nutzen

Ausgangslage

Wir leben in der EINENWELT über unsere ökologischen Verhältnisse. Dies gilt in besonderem Maße für die Industrieländer und die wachsenden Ober- und Mittelschichten in vielen Schwellenländern. Auch die Art und Weise, wie wir in Deutschland aktuell produzieren und konsumieren, beruht auf der Übernutzung natürlicher Ressourcen und geht insbesondere zulasten des Weltklimas und der biologischen Vielfalt. Im globalen Maßstab sind die Umwandlung von Wäldern und Graslandschaften in Ackerland und Weiden, ineffiziente

Wassernutzung und die Verschmutzung und Übernutzung von Flüssen und Meeren Beispiele für Prozesse, die zum Verlust von Arten und der Störung von Ökosystemen, zu Wasserknappheit, zur Degradation fruchtbarer Böden und küstennaher Gebiete und zur Versauerung der Meere führen. Die weltweite Nutzung fossiler Energien und die fortschreitende Entwaldung tragen zudem entscheidend zum Klimawandel bei und beschleunigen diesen immer weiter.

Die Herausforderungen durch den Klimawandel, schwindende natürliche Lebensgrundlagen und der Rückgang der Biodiversität betreffen uns alle und können nur durch gemeinsames Handeln aller Staaten und Gesellschaften erfolgreich bearbeitet werden. Bisherige Anstrengungen zum Schutz von Ökosystemen bleiben hinter den dringenden Erfordernissen zurück, wie etwa der aktuelle Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change und die Berichte des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Biodiversitätskonvention unterstreichen.





Prof. Joachim von Braun,
Direktor am Zentrum für
Entwicklungsforschung
an der Universität Bonn

*„Wie kommen wir zu einem neuen Verhältnis
zwischen Mensch und Natur? Diese Frage müssen
wir uns jetzt stellen – nicht erst, wenn wir
9 Milliarden sind.“*

Wirtschaftswachstum hat den letzten Generationen in Deutschland und vielen anderen Ländern der Welt enorme Fortschritte und gesellschaftlichen Wohlstand gebracht. Allerdings ist schon heute klar, dass diese Wohlstandsverbesserung auf Kosten natürlicher Ressourcen und des Weltklimas erfolgt ist und an ökologische Grenzen stößt. Es bräuchte mehrere Planeten Erde, wenn auf dem jetzigen technischen Niveau allen Menschen ein Leben ermöglicht würde, wie es heute in Deutschland selbstverständlich ist. Wir haben aber nur die EINEWELT.

In Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen wird Wirtschaftswachstum erforderlich sein, um die Lebensbedingungen für die Bevölkerungsmehrheit zu verbessern. Dies verstärkt den Druck auf die reichen Länder, schnelle Fortschritte beim ökologischen Umbau zu erzielen. Aber auch in den heute noch armen Ländern ist es nötig, den Wohlstandszuwachs auch ökologisch nachhaltig zu gestalten.

Der Ressourcenverbrauch und die daraus resultierenden Folgen sind äußerst ungleich zwischen Ländern und Bevölkerungsgruppen verteilt. Das Überleben armer und marginalisierter Bevölkerungsgruppen auf dem Lande ist besonders stark vom Zugang zu fruchtbaren Böden, intakten Wäldern und sauberen Gewässern abhängig. In städtischen Gebieten leben und arbeiten arme und marginalisierte Menschen häufig unter extrem ungesunden Bedingungen. In beiden Fällen sind insbesondere die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen durch diese Bedingungen stark eingeschränkt.

Die Zukunftsziele

Die deutsche Politik muss unter dem Leitbild stehen, ein „gutes Leben“ für alle Menschen und zukünftige Generationen zu ermöglichen. Entsprechend muss sie ihre internationalen umwelt- und klimapolitischen Verpflichtungen erfüllen und auch durch Umsteuern in Deutschland und Europa dazu beitragen, dass die natürlichen Belastungsgrenzen der Erde beachtet werden. Die Kooperation mit Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern im Umwelt- und Ressourcenschutz sowie in der Energie- und Klimapolitik ist ein





„Zwar existiert die Natur auch ohne uns weiter, doch gegenwärtig haben wir die größte Zerstörungskraft. Insofern sind die Achtung vor den Schwächeren und die Achtung vor menschlichen und nicht-menschlichen Lebensformen Grundwerte, die jeder Mensch gelehrt bekommen sollte.“

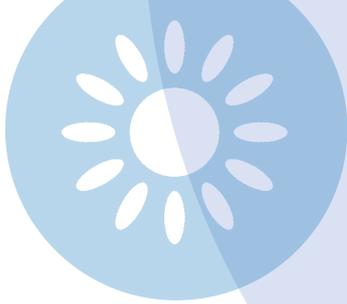


Dr. Imme Scholz,
stellvertretende Direktorin
des Deutschen Instituts für
Entwicklungspolitik

zentraler Bereich zukunftsorientierten politischen Handelns. So kann Deutschland auch zu mehr globaler Gerechtigkeit beim ökologischen Umbau von Produktion und Konsum beitragen.

Politik und Wirtschaft müssen sich dafür einsetzen, die deutschen und europäischen Beiträge zur weltweiten Land- und Bodendegradation, zur Belastung und Übernutzung von Gewässern und des Grundwassers, zur Überfischung und zum Verlust von biologischer Vielfalt generell sowie zur Belastung durch langlebige Schadstoffe wie Quecksilber und Kunststoffe zu verringern. Der Schutz von Böden sowie küstennaher Gebiete und der Ozeane ist dabei nicht nur ökologisch bedeutsam, sondern auch erforderlich, um die Grundlagen für die menschliche Ernährung zu bewahren.

Die Politik in Deutschland, innerhalb der EU und auf internationaler Ebene muss sich dafür einsetzen, den gesellschaftlichen Wandel hin zu nachhaltigem Produktions- und Konsumverhalten zu fördern. Nachhaltiger Konsum muss für alle Bevölkerungsschichten zugänglich sein. Durch eine kluge Kombination von gesetzlichen Rahmenbedingungen und ökonomischen Anreizen kann der Gebrauch von Energie, Ressourcen und Umweltraum effizienter gemacht und insgesamt verringert werden. Bund, Länder und Kommunen sowie öffentliche Einrichtungen sollten dabei vorbildhaft voranschreiten: Wenn sie ihre Beschaffung schrittweise verbindlich auf ökologisch nachhaltige und fair produzierte Produkte ausrichten, können sie wichtige ökonomische Impulse geben. Um die Ernährungssicherung weltweit zu verbessern, müssen Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und die Menschen verschwenderische Lebensweisen einschränken. Gleichzeitig muss die nachhaltige Produktion von Lebensmitteln in Deutschland ebenso wie in unseren Partnerländern verstärkt gefördert werden. Um darüber auch die Ernährungssicherheit zu verbessern, muss die Rolle von Frauen in der Landwirtschaft verstärkt berücksichtigt werden.



Zudem muss Deutschland die Rolle als internationaler Vorreiter beim verbindlichen Klimaschutz konsequent fortführen und durch die glaubwürdige Umsetzung vereinbarter Ziele und Zusagen festigen. Dazu zählen anspruchsvolle verbindliche Reduktionsverpflichtungen von Treibhausgasen. Die Verpflichtungen müssen ebenso dazu beitragen, die durchschnittliche globale Erwärmung auf maximal 2 °C zu begrenzen, wie die Einhaltung bereits eingegangener finanzieller Verpflichtungen, etwa hinsichtlich der Klimafinanzierung im Kontext der internationalen Klimapolitik. Zugleich soll Deutschland seine Partnerländer bei der Senkung ihrer Treibhausgasemissionen und bei der Bewältigung der durch den Klimawandel entstehenden Risiken unterstützen. Der Transfer moderner, emissionsarmer Technologien zu fairen Konditionen kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Dabei müssen die Rechte und Gefahren der jeweils verletzlichsten und ärmsten Bevölkerungsgruppen besonders berücksichtigt werden.

Die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist von herausragender Bedeutung, will Deutschland seine international einflussreiche Position beim Klima- und Umweltschutz ausbauen. Wir erwarten daher, dass alle beteiligten Akteure in Deutschland ihre Kräfte für ein Gelingen der Energiewende bündeln und damit weltweit ein Zeichen setzen, dass eine nachhaltige Energieversorgung machbar ist. Die Lernerfahrungen mit der Energiewende sollten zum Vorteil einer nachhaltigeren globalen Energie- und Klimapolitik in die internationale Zusammenarbeit eingebracht werden.

Nachhaltiger Stadtentwicklung kommt angesichts des fortwährenden globalen Trends zur Verstädterung und speziell des Zuwachses städtischer Mittelschichten besondere Bedeutung zu. Dabei müssen die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen einzelnen Politikfeldern wie Ernährungs-, Energie-, Umwelt- und Wasserpolitik künftig auf allen Ebenen stärker berücksichtigt werden.



03 Wirtschaftswachstum mit Nachhaltigkeit und menschenwürdiger Beschäftigung verbinden

„Nachhaltig bedeutet: Leben Sie von Ihrem Einkommen und nicht von Ihrem Vermögen! Sobald Sie Ihr Vermögen aufbrauchen, haben Sie ein Problem.“

Dr. André Reichel,
Professor für Critical Management und Sustainable Development,
Karlsruhochschule International University



Wirtschaftswachstum mit Nachhaltigkeit und menschenwürdiger Beschäftigung verbinden

Ausgangslage

Wirtschaftswachstum hat den gesellschaftlichen Wohlstand weltweit erhöht und viele Menschen aus der absoluten Armut befreit. Allerdings haben sich in den letzten Jahrzehnten die vorrangig auf Wachstum ausgerichteten Produktions- und Konsummuster weder in Industrie- noch in Entwicklungsländern als nachhaltig erwiesen, weil sie soziale und ökologische Konsequenzen vielfach außer Acht lassen. In Ermangelung angemessener nationaler Wirtschafts- und Finanzpolitiken hat sich auch vielerorts wachsende Einkommensungleichheit eingestellt und die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert. Nachhaltige Entwicklung erfordert aber angemessene politische Rahmenbedingungen und ein gezieltes Umsteuern von Lebens- und Wirtschaftsweisen.

Deshalb sollte wirtschaftliche Entwicklung schon heute nicht mehr einfach mit den Wachstumswahlen des Bruttoinlandsproduktes gleichgesetzt werden. Gleichwohl ist Wirtschaftswachstum, verbunden mit wachsender Beschäftigung, weiterhin ein zentrales Ziel, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern. Deshalb ist die Debatte in vollem Gange, wie alle Volkswirtschaften künftig so gestaltet werden





können, dass ökonomische, soziale sowie ökologische Ziele gleichermaßen erreicht werden. Weltweit wird ein neues Verständnis für das Zusammenspiel von Wirtschaften, Wachstum und Wohlstand benötigt, das sich langfristig am nachhaltigen Wohlergehen von Mensch und Umwelt orientiert.

Vermeehrt können wir ermutigende Ansätze für ein solches Umdenken und Umlenken in Wirtschaft und Gesellschaft feststellen. Dazu zählen zum einen Versuche, Treibhausgasemissionen durch den Umstieg auf erneuerbare Energien zu reduzieren. Zum anderen sollen Modelle wie „teilen statt besitzen“ oder Nachhaltigkeits-Siegel für Lebensmittel und Kleidung die Verbraucher und Verbraucherinnen über die Herstellungsbedingungen von Produkten informieren und zu nachhaltigem Konsum anregen. Entsprechende Beispiele bewussteren Produktions- und Konsum-



verhaltens finden sich keinesfalls nur in wohlhabenden Industriestaaten, sondern vermehrt auch in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Viele setzen vermehrt auf ein Wirtschaftswachstum, das breitenwirksam ist, Armut vermindert, die natürlichen Lebensgrundlagen schützt und die Lebensqualität auch dadurch verbessert, dass es menschenwürdige Beschäftigung steigert. Dies ist aber kein Automatismus, sondern bedarf der politischen Steuerung. So arbeiten zum Bei-

spiel viele Menschen in der Landwirtschaft und der Textilindustrie zu Hungerlöhnen und unter schlechten Arbeitsbedingungen.

Menschenwürdige Beschäftigung ist eine grundlegende Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung, die den wirtschaftlich bedeutsamen „informellen Sektor“ einschließen muss und die mittels gerechter Löhne zur Armutsbekämpfung ebenso beitragen kann wie zur Minderung sozialer Ungleichheit.



Prof. Dr. Gerhard Prätorius,
Leiter CSR und Nachhaltigkeit
bei der Volkswagen AG

„Die soziale Nachhaltigkeit muss zum Ausdruck bringen, dass die Möglichkeit der Teilhabe an ökonomischer Entwicklung besteht. Außerdem muss es die Möglichkeit für Bildung geben, für angemessene Arbeitsplätze mit entsprechenden sozialen Standards und auch angemessenen Löhnen. Nur wenn dieses Zusammenspiel funktioniert, ist der Beitrag für ein gesamtes Nachhaltigkeitskonzept erfolgreich.“

Die Zukunftsziele

Wir wollen dazu beitragen, die Transformation zu nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland voranzutreiben und die globalisierte Wirtschaft so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen der Menschen und der Erhaltung der natürlichen Ressourcen weltweit Rechnung trägt. Deshalb müssen wir uns in Deutschland und weltweit für ein Verständnis von wirtschaftlicher Entwicklung, Wohlstand und „gutem Leben“ einsetzen, das soziale, ökonomische und ökologische Anforderungen beachtet. Wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand müssen daher künftig mit neuen Zielgrößen

jenseits des Bruttoinlandsprodukts erfasst werden, die als geeignete Messgrößen und Anreize für eine Transformation zu mehr Nachhaltigkeit unserer Volkswirtschaften dienen können. Zugleich muss Deutschland national wie international darauf hinwirken, dass soziale und ökologische Standards weltweit eingehalten, Menschenrechte ebenso wie Umweltschutz und internationale Arbeitsnormen auch durchgesetzt werden. Nationale und internationale Politik sollte gemeinsam mit Unternehmen darauf abzielen, für alle Produktionsstandorte und entlang vollständiger Wertschöpfungsketten die Einhaltung verbindlicher Regeln und Standards zu gewährleisten. Unternehmer

wie Verbraucher sind zudem aufgefordert, ambitionierte Initiativen für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu ergreifen.

Ein derartiges Neuverständnis wirtschaftlicher Entwicklung sollte insbesondere Geschlechtergerechtigkeit, Kinderrechte und die Inklusion benachteiligter Gruppen fördern. Dazu zählt etwa eine höhere Wertschätzung der Sorge- und Pflegearbeit, die insbesondere Frauen weltweit und weitgehend unbezahlt für ihre Familien und Gesellschaften leisten. Traditionelle Vorstellungen dürfen keine Hürden für Frauen sein, sich mit gleichen Chancen unter menschenwürdigen Bedingungen an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligen zu können. In Ländern mit Kinderarbeit muss sich deutsche Politik für deren Beendigung einsetzen und dies durch entsprechende bildungs-, sozial- und rechtspolitische Maßnahmen unterstützen. Auch im europäischen Kontext soll deutsche Politik dazu beitragen, das Verantwortungsbewusstsein von Produzenten und Konsumenten weltweit zu stärken, wobei mehr Wirtschaftsmacht stets auch mit mehr Verantwortung einhergehen muss.





Deutsche Politik soll sich weltweit glaubwürdig für die Prinzipien der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft einsetzen. Die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen benötigen vermehrte Investitionen für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Als Handelsnation soll Deutschland sich im Rahmen bi- und multilateraler Wirtschafts- und Investitionsabkommen nicht zuletzt auch auf europäischer Ebene für angemessene Regeln für Handel und ausländische Direktinvestitionen starkmachen, die nachhaltiges Wachstum sowie die Menschenrechte fördern und den Umweltschutz achten. Die UN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte, die vom UN-Menschenrechtsrat 2011 beschlossen worden sind und als Richtschnur für das Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft dienen können, sollen deshalb zügig mit einem nationalen Aktionsplan in Deutschland umgesetzt werden.

Im Sinne einer globalen Partnerschaft wollen wir dabei von anderen Ländern lernen und zugleich unsere eigenen Erfahrungen einbringen: mit der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, einem starken Mittelstand, Genossenschaften, beruflicher Bildung und einem regelbasierten offenen Handel. Zudem bieten wir unsere Erfahrungen als Forschungsstandort und Technologieführer in vielen Sektoren an. Auch bei der Schaffung und Ausgestaltung ordnungs-, sozial- und verteilungspolitischer Rahmenbedingungen für armutsorientiertes nachhaltiges Wirtschaften in Partnerländern kann Deutschland konkrete Konzepte und wichtige Erfahrungen einbringen. Die Zusammenarbeit von Regierungen und Zivilgesellschaft mit deutschen, lokalen wie internationalen Unternehmen kann dabei sinnvoll sein, um einen Wandel hin zu einem Wirtschaftswachstum, das mit Nachhaltigkeit und menschenwürdiger Beschäftigung verbunden ist, zu fördern.

*„Nachhaltigkeit heißt:
Kann man auf Dauer so
weitermachen, wie man es
heute macht? Wenn man das
nicht kann, dann ist es
nicht nachhaltig.“*



Dr. Anselm Görres,
Forum Ökologisch-Soziale
Marktwirtschaft

04 Menschenrechte und gute Regierungsführung fordern und fördern

*„Wenn alle nur Rechte haben,
sich daraus aber für niemanden konkrete
Verpflichtungen ergeben,
dann nützen Rechte alleine nichts.“*

Dr. Martin Bauschke, Stiftung Weltethos



Menschenrechte und gute Regierungsführung fordern und fördern



Ausgangslage

Zentraler Ausgangspunkt der Menschenrechte ist die gleiche Menschenwürde einer jeden Person. Sie ist die Essenz der Menschenrechte und ihre Achtung ist Grundlage für Entwicklung. Die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Menschen ihre Rechte einfordern, ausüben und verwirklichen können. Inzwischen hat die Mehrzahl aller Staaten die internationalen Menschenrechtskonventionen unterschrieben. Dennoch werden Menschenrechte weiterhin weltweit massiv verletzt. Entwicklung kann nur gelingen, wenn Menschen ihr Leben selbstbestimmt und in Freiheit gestalten können.

Es ist Aufgabe des Staates, Menschenrechte zu garantieren. Dies kann nur durch funktionierende staatliche Institutionen auf der Basis demokratischer Rechtsstaatlichkeit geschehen. Dort, wo Bürgerinnen und Bürgern grundlegende Rechte verweigert werden, sei es hinsichtlich der Meinungsfreiheit oder beim Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, wo willkürliche Rechtssysteme vorherrschen, Verwaltungen schlecht funktionieren, wo Korruption grassiert, die Medien beschränkt,

Selmin Caliskan,
Generalsekretärin von
Amnesty International
Deutschland



„Die Umsetzung der Menschenrechte – auf der globalen Ebene und für mich ganz persönlich – ist die Voraussetzung für Nachhaltigkeit. Mir geht es nicht gut, wenn ich weiß, dass Menschen gefoltert und diskriminiert werden. Und Ihnen auch nicht, denn sonst würden wir nicht hier sitzen.“

Menschen aufgrund ihres sozialen Status, ihres Alters, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung wegen diskriminiert werden und zivilgesellschaftliches Einwirken unterdrückt wird, ist nachhaltige Entwicklung nicht möglich. Menschenrechte sind zentraler Bezugspunkt für alle Dimensionen der Nachhaltigkeit. Staatliches Handeln muss sie respektieren, schützen und auf ihre Umsetzung hin orientiert sein. Dies gilt für die Bereiche der Daseinsvorsorge, wie Wasser, Ernährung, Wohnen, Bildung und Gesundheit, wie auch für die Bereiche von Wirtschaft, Handel sowie Umwelt und Klimaschutz.

Mit der Konvention gegen alle Formen der Diskriminierung von Frauen, der Kinderrechtskonvention und der Behindertenrechtskonvention sind im Laufe der letzten Jahrzehnte Menschenrechtskonventionen entstanden, die die besonderen Herausforderungen bei der Umsetzung der

Menschenrechte für diese Gruppen anerkennen und beschreiben. Die Anerkennung der Menschenwürde einer jeden Person erfordert besondere Achtungs-, Schutz- und Umsetzungsmaßnahmen gegenüber besonders verletzlichen Individuen und Gruppen.

Obwohl die Menschen in immer mehr Ländern eine politische „Wahl“ haben, ist ihre tatsächliche Mitbestimmung oft noch sehr begrenzt: In mehr als der Hälfte aller Staaten können die Menschen sich nach wie vor nicht auf staatliche Institutionen verlassen, sind in ihrer Meinungsäußerung eingeschränkt oder werden aufgrund ihrer politischen Einstellungen und aus anderen Gründen verfolgt. Der politische Spielraum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten ist in nicht wenigen Ländern zuletzt stark beschränkt worden. Gerade Menschen, die für die Verteidigung von Menschenrechten eintreten, geraten dabei oft unter enormen Druck und Verfolgung.

Frieden und Sicherheit sind weitere Grundvoraussetzungen für die Gewährleistung von Menschenrechten und Entwicklung. Doch noch immer werden Menschen in vielen Ländern durch Kriege und gewaltsame Konflikte ihrer Lebensgrundlagen beraubt und in die Flucht getrieben. Mädchen und Frauen werden in Konfliktsituationen oft Opfer sexualisierter Gewalt. Ebenso sind Kinder und Jugendliche in Konfliktsituationen besonders ungeschützt, wenn sie beispielsweise Eltern oder ihre Bezugspersonen verlieren, wenn sie zu Kindersoldaten gemacht werden, wenn sie auf der Flucht ohne Unterstützung bleiben, wenn ihnen essenzielle Versorgung wie Nahrung, Wasser und Gesundheitsvorsorge vorenthalten wird.

Zu den vorrangigen Konflikt- und Fluchtursachen zählen neben Kämpfen um politische und wirtschaftliche Macht zunehmend Auseinandersetzungen um natürliche Ressourcen und die Auswirkungen des Klimawandels auf Lebensräume.



Michael Windfuhr,
stellvertretender Direktor
des Deutschen Instituts
für Menschenrechte

Nachhaltige Entwicklung ist nur dann möglich, wenn Menschen nicht nur überleben, sondern über dieses Leben selbst bestimmen und sich entfalten können. Gewaltsame Konflikte, schwache staatliche Institutionen, aber auch mangelnder politischer Wille erschweren die Umsetzung der Menschenrechte bis heute.

„Menschenrechte liefern einen universellen Mindeststandard für staatliches Handeln und dienen als Kompass für globale Grundrechte und Werte.“

Die Zukunftsziele

Wir setzen uns dafür ein, die bürgerlichen und politischen ebenso wie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte noch umfassender als bisher zu achten, zu schützen und zu fördern. Dabei geht es auch um die menschenrechtlichen Auswirkungen unseres Handelns in Deutschland: um unser eigenes Konsumverhalten, um das Verhalten deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern sowie um politische Entscheidungen mit Auswirkungen auf Entwicklungsländer, zum Beispiel in der Handels-, Finanz- und Landwirtschaftspolitik. Um nachhaltige Entwicklung in allen Teilen der Welt zu ermöglichen, wollen wir deshalb mit der gesamten deutschen internationalen Zusammenarbeit einen menschenrechtsbasierten Ansatz stärken und schärfen.

Tobias Kahler,
Direktor von
ONE Deutschland

Daher muss die Einhaltung der Menschenrechte das übergeordnete Ziel deutscher Politik sein, unter besonderer Berücksichtigung benachteiligter Gruppen. Dabei steht im Mittelpunkt, dass Entwicklungspolitik das menschenrechtlich Beste für benachteiligte Gruppen erreicht und diesen keinen Schaden zufügt. Entwicklungspolitische Programme müssen Menschen mit Behinderungen offenstehen. Deutschland wird sich dafür einsetzen, dass die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen bei den globalen Entwicklungszielen explizit berücksichtigt wird. Ebenso muss stärker als bisher die Gleichstellung der Geschlechter gefordert und gefördert werden, deren Mangel in vielen Teilen der Welt nach wie vor starke Ungleichheit und Abhängigkeitsverhältnisse schafft und ein maßgeblicher Faktor für Armut ist.

Um die Grundvoraussetzungen für die Einhaltung von Menschenrechten und gute Regierungsführung zu fördern, wird die deutsche Entwicklungszusammenarbeit Partnerländer noch wirksamer dabei unterstützen, funktionierende, transparente und inklusive Staatsinstitutionen zu stärken, Korruption zu bekämpfen und freie Medien sowie eine unabhängige Zivilgesellschaft zu fördern. Die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Krisenprävention, ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensarbeit muss stärker ins Zentrum der deutschen und europäischen internationalen Politik gerückt werden. Gewaltsamen Auseinandersetzungen und Kriegen sollte Deutschland durch aktive Außen- und Sicherheitspolitik vorbeugen.

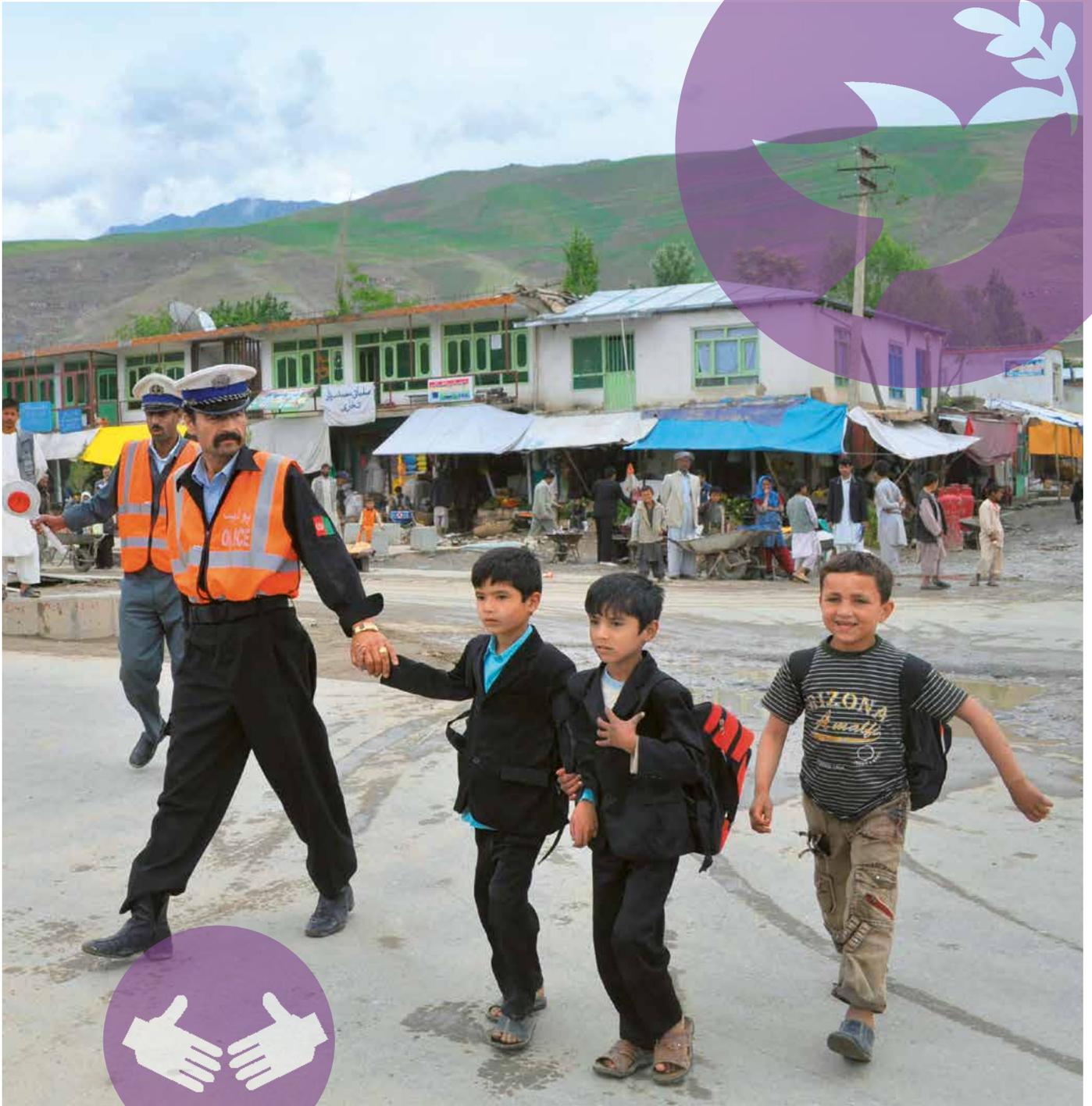
„Transparenz macht die Armen zu Akteuren statt zu Empfängern und muss daher im Kampf gegen extreme Armut als Leitbild für Regierungen weltweit Durchbruch finden.“



05 Frieden schaffen, menschliche Sicherheit stärken

*„Ein gerechter Frieden ist
die Bedingung für die Überwindung
von Gewalt, Armut, Ungleichheit
und sozialer Not.“*

Brot für die Welt, MISEREOR



Frieden schaffen, menschliche Sicherheit stärken

Ausgangslage

Nachhaltige Entwicklung ist ohne Frieden nicht denkbar: Krieg und Gewalt töten und vertreiben Menschen, zerstören nicht nur die Infrastruktur eines Landes, sondern auch die Wertebasis einer Gesellschaft. Ehemalige Nachbarn werden zu Feinden – Angst, Misstrauen, Unsicherheit, Armut und mangelnde wirtschaftliche wie politische Teilhabe prägen den Alltag der Menschen. Keine Gesellschaft kann sich in einem solchen Umfeld nachhaltig entwickeln – kein Mensch seine kreativen Potenziale entfalten. Meist dauert es Generationen, um Vertrauen in Mitmenschen und staatliche

Institutionen wieder aufzubauen sowie die Ursachen und Folgen von Gewalt aufzuarbeiten und zu überwinden. Die Wahrung und Wiederherstellung menschlicher Sicherheit sowie die Schaffung eines dauerhaften Friedens in Freiheit sind daher eine zentrale Zukunftsaufgabe internationaler Zusammenarbeit.

Fragile und von gewaltsamen Konflikten betroffene Staaten hinken bei der Erreichung der Millenniumsziele am weitesten hinterher – zurzeit betrifft dies rund 1,5 Milliarden Menschen. Konflikt- und Friedensforscher nehmen an, dass 2025 rund 80 Prozent der extrem Armen in solchen Staaten leben werden.

„Religionen per se stiften weder Frieden, noch schüren sie Krieg.“

Dr. Martin Bauschke,
Stiftung Weltethos



Die Schaffung dauerhaften Friedens erfordert Veränderungen von Strukturen, Werten, Einstellungen und Verhaltensweisen in langwierigen und schwierigen gesellschaftlichen und politischen Lernprozessen. Umgekehrt gilt für Entwicklung, dass sie nicht automatisch zu Frieden führt: Gesellschaftlicher und politischer Wandel verläuft in den seltensten Fällen konfliktfrei und ohne Rückschläge. So fürchten Machteliten um ihre Privilegien, Bevölkerungsgruppen sind gefühlt oder tatsächlich von der politischen Beteiligung ausgeschlossen oder der Zugang zu, die Qualität und die Nutzungsrechte von Ressourcen oder Dienstleistungen sind ungleich verteilt. Daher ist es eine zentrale Herausforderung von Krisenprävention und Friedensförderung, zum Interessenausgleich beizutragen und zur Achtung sowie zum Schutz der Menschenrechte aller Personen. Nachhaltigkeit erfordert dafür auch die Fähigkeiten von Gesellschaften, Konflikte gewaltfrei auszutragen und strukturelle Benachteiligungen zu überwinden.



Die Ursachen von Gewalt, Fragilität und Unsicherheit sind selten allein innerstaatlicher Natur. Kein Land der Welt kann zum Beispiel mit nationalen Maßnahmen allein wirksam gegen illegalen Handel mit Menschen, Waffen, Rohstoffen oder Drogen vorgehen. Diese globalen Faktoren müssen stärker als bisher bei der Überwindung von gewaltsamen lokalen Konflikten beachtet werden.



Die Zukunftsziele

Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Friedensarbeit müssen stärker ins Zentrum der deutschen internationalen Politik rücken. Um auf dynamische Konfliktkonstellationen reagieren zu können, müssen flexible Handlungsansätze und Instrumente zur Finanzierung von Friedensförderung entwickelt werden. Dafür muss das Engagement deutscher Politik und deutscher Akteure bei der frühzeitigen und friedlichen Bearbeitung von Konfliktursachen und der Transformation von gewaltsamen Konflikten insgesamt gestärkt werden. Dem Thema Kindersoldaten sollte dabei besondere Beachtung gegeben werden, von der Vermeidung der Rekrutierung bis hin zu besonderen Programmen der Reintegration.

Gewaltsamen Auseinandersetzungen und Kriegen muss auch durch Veränderungen in Deutschland und durch unser Mitwirken an globalen Rahmenwerken vorgebeugt werden. So muss sich die deutsche Politik zum Beispiel dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte in Dritt- und Entwicklungsländer besonders restriktiv gehandhabt und bei Kriegs- und Kleinwaffen nur noch in Ausnahmefällen genehmigt werden, dass illegal angehäuften Vermögen keine Zuflucht finden, deutsche und europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik menschenrechtskonform und entwicklungsfreundlich gestaltet und die negativen Folgen des illegalen globalen Handels mit Menschen, Waffen, Drogen und Rohstoffen begrenzt werden. Für dieses Ziel müssen bestehende Mechanismen zur ressortübergreifenden

Zusammenarbeit weiterentwickelt und die Kohärenz der Bundespolitik insgesamt muss gestärkt werden. Vorschläge hierzu hat die Bundesregierung im vierten Umsetzungsbericht zum Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ erarbeitet.

In den letzten Jahren ist eine Vielfalt an Akteuren entstanden, die wirksame Ansätze entwickelt haben, um vor, während und nach gewaltsamen Konflikten tätig zu werden. Gerade auch kirchliche und zivilgesellschaftliche Organisationen leisten wichtige Beiträge für Friedensförderung und Krisenprävention. Darauf wollen wir in Deutschland weiter aufbauen.

Entwicklungspolitische Arbeit kann dazu beitragen, das Vertrauen in staatliches Handeln vor Ort zu stärken. Hierfür unterstützt deutsche Entwicklungszusammenarbeit Partnerländer beim Aufbau von effektiven und transparenten Institutionen, die soziale Grunddienste anbieten, zu denen alle Bevölkerungsteile gleichberechtigten Zugang haben. Außerdem können Versöhnungsprozesse unterstützend begleitet werden, die die gesellschaftlichen Voraussetzungen schaffen, die Menschenwürde anzuerkennen und geschehenes Unrecht aufzuarbeiten. Diese nur langfristig zu verwirklichenden Ziele erfordern Geduld und den Einsatz von deutlich mehr Ressourcen für eine konfliktsensible Entwicklungszusammenarbeit. Gewaltsame Auseinandersetzungen erschweren die Arbeit der Entwicklungszusammenarbeit und schränken diese teilweise erheblich ein. Darauf muss die Entwicklungszusammenarbeit mit einem verbindenden Risikomanagement für alle vor Ort vertretenen Akteure reagieren (zum Beispiel in Syrien).



Deutschland muss Frieden und menschliche Sicherheit bei der Umsetzung der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung als eigenständige Ziele, aber auch als Querschnittsthemen in den Blick nehmen. Denn Frieden ist nicht nur Grundlage für Entwicklung, sondern eigenständiges Ziel von Entwicklungsanstrengungen.

Gesellschaften müssen nicht nur gegenüber gewaltsamen Konflikten in ihrer Widerstandsfähigkeit gestärkt werden, sondern auch gegenüber Klimawandel, Naturkatastrophen, Wirtschaftskrisen, Bedrohungen durch organisierte Kriminalität und Epidemien.

06 Kulturelle und religiöse Vielfalt respektieren und schützen

„Wir müssen Religion würdigen und für den Frieden und Prosperität nutzbar machen und z. B. Islam nicht nur im Kontext von Sicherheitspolitik verstehen. Wir müssen wieder verstehen lernen, dass gläubige Menschen eine wichtige Ressource für den Zusammenhalt und integraler Bestandteil unserer Gesellschaft sind.“

Aiman Mazyek, Zentralrat der Muslime in Deutschland



Kulturelle und religiöse Vielfalt respektieren und schützen

Ausgangslage

Eine Entwicklungspolitik, die den einzelnen Menschen in den Blick nimmt, muss auch dessen Kultur, Religion und Weltanschauung ernst nehmen. Kultur und Religion sind fester Bestandteil jeder Gesellschaft. In unserer heutigen vernetzten Welt leben die meisten Menschen unter Bedingungen, die von kultureller und religiöser Vielfalt gekennzeichnet sind. Kultur und Religion können und sollten helfen, für die Stärkung von gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Toleranz zu werben.

Damit dies gelingen kann, ist die Anerkennung der Freiheit jeder Person, ihre Religion und Weltanschauung frei zu wählen und Religionswechsel vornehmen zu können oder Religionsgemeinschaften zu verlassen, notwendig. Zur Religionsfreiheit gehört gleichzeitig auch das Recht, für seine Religion einzutreten und diese zu bekennen. Kultur und Religion helfen im positiven Fall, einander zu verstehen, uns miteinander zu verständigen und Lebensumstände zu verändern. Religiöse und kulturelle Überlieferungen stellen ein Deutungspotenzial bereit, das moralische und politische Bindungskräfte entfalten kann. Religion und Kultur beeinflussen die Weltsicht, den Lebensstil und das Engage-





ment vieler Menschen und stellen dadurch eine starke politische und gesellschaftliche Gestaltungskraft dar, die sich positiv, aber auch negativ auf Menschenrechte und zukunftsfähige Entwicklung auswirken kann. Ohne kulturelle Veränderungsprozesse und die Unterstützung durch Religionsge-



„Das westliche Wirtschafts- und Politikmodell ist in der Krise – eine Chance für die großen Weltreligionen auf mehr Einfluss im notwendigen Transformationsprozess. Denn sie gehen von ganz anderen Fundamenten und Horizonten aus.“

Dr. Martin Bröckelmann-Simon,
Bischöfliches Hilfswerk
MISEREOR



meinschaften wird es kaum gelingen, eine ausreichende gesellschaftliche Basis für nachhaltige Lebensstile zu gewinnen.

Darüber hinaus tragen religiöse und kulturelle Institutionen seit jeher auch zur Bereitstellung sozialer Grunddienste bei. Nach Schätzungen der Weltbank wird beispielsweise in Subsahara-Afrika circa die Hälfte aller Leistungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit von religiösen oder religiös motivierten Organisationen erbracht. Zugleich wird aber mit Hilfe religiöser Argumente Menschen oft auch der Zugang zu ebendiesen Leistungen verwehrt. Religiöse Akteure gehören in Entwicklungsländern oft zu den wichtigsten zivilgesellschaftlichen Kräften und unterhalten gleichzeitig Netzwerke, die Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene nehmen. Religion und Kultur können entwicklungshemmend oder entwicklungsfördernd wirken und sind

damit zentrale Faktoren für eine nachhaltige Entwicklung.

Bisher wurden die kulturellen Herausforderungen zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung vernachlässigt. Sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich oft auf technische und strukturelle Aspekte. Fragen nach der Rolle von Werten, Religion und Kultur treten dabei oft in den Hintergrund, obwohl sie zentral für ein ganzheitliches Verständnis von Entwicklung sind. Die Verständigung darüber, in was für einer Welt wir leben möchten und an welchen Werten wir und andere sich orientieren, ist kein Randthema, sondern Kern der Debatte um globale nachhaltige Entwicklung.



„In der Zukunftscharta wünsche ich mir Elemente der persönlichen Begegnung, auch für Menschen, die vielleicht nicht religiös geprägt sind, die aus einer Sinnfrage heraus zur Entwicklungszusammenarbeit kommen, die satt sind vom ‚Leben in Überfluss‘ und Sehnsucht haben nach dem ‚guten Leben.‘“

Ulrich Weinhold,
Leiter Christliche
Fachkräfte International

Die Zukunftsziele

In Zukunft muss das unterstützende Potenzial von Kultur und Religion für nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der Menschenrechte stärker einbezogen werden. Ein Paradigmenwechsel hin zur Nachhaltigkeit wird nur dann gelingen, wenn ein Umdenken auf individueller, politischer und gesellschaftlicher Ebene stattfindet. Dafür will die Entwicklungszusammenarbeit mit all jenen gesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten, die einen solchen Wandel befördern können. Unser Engagement in den Partnerländern wird daraufhin überprüft, wo konkrete Kooperationen mit religiösen Organisationen die

Erreichung der developmentpolitischen Ziele befördern können. Achtung, Schutz und Gewährleistung der universellen Menschenrechte sind dabei Grundvoraussetzung für das Eingehen solcher Kooperationen. Dort, wo Akteure die Umsetzung der Menschenrechte behindern, wollen wir den Austausch mit lokalen Menschenrechtsorganisationen fördern.

Zudem werden wir bei unseren Vorhaben stärker berücksichtigen, inwieweit sie zum Abbau von religiösem Hass und Vorurteilen beitragen können. Gemeinsam mit Kultur- und Religionsakteuren wollen wir auch ganz explizit einen Dialog über gemeinsame Werte führen, um unsere gemeinsamen





Ziele zu erreichen. Wir wollen Plattformen für den interreligiösen Dialog ermutigen und wenn möglich und nötig fördern – in unseren Partnerländern, bei uns in Deutschland und auch in internationalen Organisationen. Nur so kann langfristig ermöglicht werden, dass Religion nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung ist.

Wir wollen die Kraft der Religionen für ein friedliches Zusammenleben nutzen. Daher werden wir mit der Entwicklungszusammenarbeit gerade in fragilen Staaten moderate Kräfte stärken, damit deren Stimme gehört wird und mäßigend sowie konfliktverhindernd wirken kann.

07 Innovationen, Technologien und Digitalisierung für transformativen Wandel nutzen

„Junge Menschen mit innovativen Ideen benötigen Zugang zu Investoren, Mitarbeiter mit Expertise in technischen Berufen und Fortbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten.“

AMPION



Innovationen, Technologien und Digitalisierung für transformativen Wandel nutzen

Ausgangslage

In der Menschheitsgeschichte waren auch und vor allem technische Innovationen maßgebliche Treiber tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen. Neue Technologien und die Digitalisierung bieten heute vielfältige Möglichkeiten, angestrebte Veränderungen zu beschleunigen, zu vereinfachen und breitenwirksam zu gestalten. Gleichzeitig können sie aber auch einen ressourcenintensiven Konsum befördern, der nachhaltiger Entwicklung zuwiderläuft.

Für uns in Deutschland sind technologische Innovationen, beispielsweise hinsichtlich der Gestaltung der Energiewende und der effizienteren Nutzung knapper Ressourcen, Schlüsselfaktoren für nachhaltige Entwicklung. Insbesondere in Ländern mit geringer Kommunikations-Infrastruktur hat beispielsweise die Verbreitung der Mobiltelefone den Geldverkehr erleichtert oder geholfen, Wettervorhersagen für die Landwirtschaft nutzbar zu machen und den Katastrophenschutz zu verbessern. Gleichwohl besteht nach wie vor eine „digitale Kluft“ sowohl innerhalb als auch zwischen Gesellschaften, insbesondere im ländlichen Raum in Ländern niedrigen Einkommens sowie zwischen den Geschlechtern. Der





Julia Manske,
Stiftung Neue Verantwortung

unterschiedliche Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln ist somit auch Ausdruck von ungleicher gesellschaftlicher Teilhabe und ungleichen Entwicklungschancen. Wesentliche Hindernisse bei der flächendeckenden Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Entwicklungsländern liegen unter anderem bei den hohen Kosten (zum Beispiel für den Zugang zum Internet).

Gerade die IKT haben in den vergangenen Jahrzehnten zu radikalen Veränderungen der Lebens- und Arbeitswelt praktisch aller Gesellschaften geführt. Ihre Ausbreitung und die dynamische Entwicklung ihrer Anwendungsmöglichkeiten belegen eindrücklich, dass auch in globalem Maßstab ein tiefgreifender sozioökonomischer Wandel mit Hilfe technologischer Innovationen in relativ kurzer Zeit möglich ist. Weltweit verbessern IKT die Chancen für eine erleichterte Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen, für erhöhte Beteiligung an politischer Entscheidungsfindung, Transparenz, Verbreitung von Bildungsangeboten, Abwicklung von Finanztransfers, Überprüfung von Gesundheitsversorgung und vieles mehr. Diese Beispiele zeigen: Technologische Innovationen und Digitalisierung können auf vielfältige Art und Weise in allen Sektoren zu nachhaltiger globaler

Entwicklung beitragen. Allerdings können sich bislang gerade die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten technischen Innovationen oft nicht auf dem freien Markt durchsetzen, weil sie mit preisgünstigeren konventionellen Alternativen konkurrieren. Um dem entgegenzusteuern, bedarf es nicht nur staatlicher Anreize für die Erforschung, sondern auch für die Nutzung von Technologien.

„Digitale Technologien haben nicht nur die Lebenswelt hierzulande, sondern auch die vieler Menschen des Globalen Südens verändert. Dies hat weitreichende Folgen für die Gestaltung internationaler Zusammenarbeit.“

Trotz ihres potenziellen Nutzens für nachhaltige Entwicklung führen technische Innovationen nicht automatisch zur Lösung gesellschaftlicher und politischer Probleme. So führt die Verfügbarkeit energieeffizienter Geräte nicht zwangsläufig zu einem energiebewussten Verhalten oder der Zugang zu Facebook und Twitter nicht automatisch zu partizipativeren Gesellschaften. Das Beispiel Digitalisierung und damit verbundene Probleme im Bereich Datenschutz verdeutlicht zudem die Risiken und Grenzen technischer Innovationen. Soziale Medien können auch für die Mobilisierung von Hass und Konflikten genutzt werden.





„E-Learning darf kein Privileg für Gebildete bleiben, sondern sollte als Chance genutzt werden, um marginalisierte Bevölkerungsschichten zu stärken.“

Uli Schwarz, up4change.tv

Die Zukunftsziele

Die Chancen von Technologien und Innovationen müssen künftig stärker als bisher für nachhaltige Entwicklung in allen Teilen der Welt genutzt werden, um die großen Zukunftsaufgaben besser zu bewältigen. Sie können in allen Bereichen menschlicher Entwicklung wichtige Beiträge leisten, um Armut und Hunger zu bekämpfen, medizinische Versorgung und Gesundheit zu fördern, den Klimawandel zu begrenzen, seine Folgen zu bewältigen und die Weltwirtschaft nachhaltiger zu gestalten. Deshalb muss Deutschland Wissenschaft und Forschung im Bereich Nachhaltigkeit

fördern sowie die nationalen Forschungs-kooperationen stärker mit der Entwicklungszusammenarbeit abstimmen.

Viele Partnerländer haben vor allem Interesse an der Stärkung von Innovationssystemen, langfristigen Forschungspartnerschaften und am Aufbau von Forschungsinfrastruktur. Deutschland sollte sich daher als Forschungsstandort für den Ausbau von Forschungspartnerschaften einsetzen. Lösungsorientierte Forschung zu globalen öffentlichen Gütern oder zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten ist nur im Verbund mit den Partnerländern erfolgversprechend. Dabei sollten For-

schungseinrichtungen über Landesgrenzen hinweg ihren Beitrag leisten können.

Entsprechend sollten Forschung und Innovation in einschlägigen Schwerpunktbereichen, wie in den vom BMZ geplanten Innovationszentren für Landwirtschaft, eng mit der Entwicklungspolitik abgestimmt sein. Gleichzeitig kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dazu beitragen, die Partnerländer beim Aufbau ihrer Forschungskapazitäten und bei der Suche nach passgenauen Partnerschaften zu unterstützen. Zu den Forschungsprioritäten vieler Partnerländer zählen geeignete Technologien für Mobilität, Infrastruktur



und nachhaltige Ressourcennutzung. Darüber hinaus sind sozialpolitische Innovationen wie Krankenversicherungs- und Rentensysteme oder die Forschung über gutes Regieren, insbesondere hinsichtlich rechtsstaatlicher Institutionen und staatlicher Dienstleistungen, relevant.

Die deutsche Forschungslandschaft mit den Universitäten, Forschungsförderern und anderen Forschungseinrichtungen ist bereits global engagiert. Zu diesem Engagement zählen insbesondere Initiativen mit Relevanz für nachhaltige Entwicklung.

Aber nicht alles, was technisch möglich ist, ist notwendig, sinnvoll oder gar nachhaltig. Um die Chancen und Risiken technologischer Neuerungen verantwortungsvoll abzuwägen, wollen wir eine offene Diskussion befördern, die klare und gut begründete Entscheidungen darüber ermöglicht, welche Technologien tatsächlich zum Einsatz kommen und gefördert werden sollen. Dabei sind vor allem die Bedürfnisse derjenigen zu berücksichtigen, die eine neue Technologie anwenden und von ihr profitieren sollen. Die Erfahrungen mit Technikfolgenabschätzungen in Deutschland sollten dazu im Rahmen von Forschungspartnerschaften und der Entwicklungszusammenarbeit eingebracht werden.



Um den transformativen Entwicklungsbeitrag von innovativen Technologien und der Digitalisierung sicherzustellen, muss eine umfassende Technikfolgenabschätzung unter besonderer Berücksichtigung des Daten- und Persönlichkeitsschutzes gewährleistet sein. Um das transformative Potenzial von technologischen Innovationen und IKT voll auszuschöpfen, wollen wir neben der Förderung von Nachhaltigkeitsforschung auch die Verbreitung entsprechender Innovationen erleichtern. Dazu gehört die Begünstigung von ressourcenschonenden und abfallvermeidenden Lösungen. Wir brauchen dafür nicht nur umsetzungstaugliche entwicklungsorientierte Innovationen, sondern auch einen

intensiveren Austausch zwischen Entwicklungsfachleuten, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Diese Vernetzung wollen wir in Deutschland auch durch nationale Innovationsstrategien fördern, die auf den transformativen Wandel zu nachhaltiger Entwicklung durch die Lösung drängender Probleme ausgerichtet sind.

Gleichzeitig unterstützen wir unsere Partnerländer im Rahmen internationaler Zusammenarbeit darin, innovative Technologien zum Vorteil breiter Bevölkerungsschichten anzuwenden und dabei ländlichen Gebieten besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

08 Die neue globale Partnerschaft und Multi-Akteurs-Partnerschaften für die Umsetzung entwickeln

„Die nächste Generation von Multi-Akteurs-Partnerschaften muss die Werte der neuen globalen Partnerschaft umsetzen und nachahmenswerte transformative Beiträge zu nachhaltiger Entwicklung leisten.“

Dr. Marianne Beisheim, Stiftung Wissenschaft und Politik



Die neue globale Partnerschaft und Multi-Akteurs-Partnerschaften für die Umsetzung entwickeln

„Die Suche nach zukünftigen Modellen für das Zusammenleben in der Weltgesellschaft ist nicht nur eine politische, sondern auch eine ethische Frage.“

Prof. Dr. Michael Reeder,
Hochschule für
Philosophie München

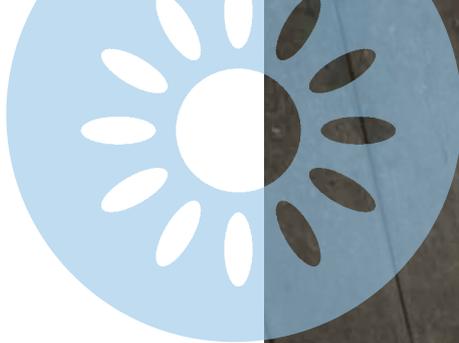


Ausgangslage

In der Debatte über eine globale Agenda für nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015 nimmt die neue globale Partnerschaft, die in diesem „Post 2015“-Prozess angestrebt wird, eine zentrale Rolle ein. Sie soll als überwölbendes Leitmotiv Orientierung dafür geben, wie die Weltgemeinschaft künftig global und national neue Ziele für nachhaltige Entwicklung erreichen will. Viele Herausforderungen werden weltweit geteilt, die neuen Ziele nachhaltiger Entwicklung sollen universell für alle Länder gültig sein. Dementsprechend muss Verantwortung für nachhaltige Entwicklung in Nord und Süd, von

staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren übernommen werden. Starke Monitoring- und Rechenschaftslegungsmechanismen sind notwendig, welche die Anstrengungen und Ergebnisse aller Akteure beobachtbar und kommunizierbar machen.

Um entwicklungspolitische, umweltpolitische, menschenrechtliche oder soziale Ziele zu verfolgen, haben staatliche und UN-Institutionen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Kirchen, Stiftungen, Wirtschaftsverbände und Unternehmen sowie wissenschaftliche Einrichtungen vielfältige Kooperationsformen entwickelt, die von global wirkenden Initiativen bis zu regionalen und lokalen Multi-Akteurs-Partnerschaften reichen. Solche Partnerschaften sind bei nahezu allen entwicklungsrelevanten Themen anzutreffen, vor allem auch dort, wo in der Vergangenheit Staat oder Markt versagt haben oder nur eingeschränkt funktionieren. Aber auch ihre Erfolge sind sehr gemischt. Einige Partnerschaften haben in den letzten Jahren wesentlich zu großen Erfolgen der Entwicklungspolitik beigetragen. Andere sind über die Phase der Konzipierung nie hinausgekommen oder haben die gesetzten Ziele nur zum Teil oder auch gar nicht erreicht.



Mama Joanne lässt ihre jüngste Tochter impfen und hofft, dass sie gesund aufwachsen wird. Möglich gemacht hat dies die Impfallianz Gavi, eine öffentlich-private Partnerschaft von Entwicklungsorganisationen und dem Privatsektor, durch die seit 2000 weltweit über 440 Millionen Kinder geimpft wurden.

Partnerschaften können also viel erreichen, aber die Ansprüche an ihre Problemlösungskompetenzen dürfen nicht überhöht werden. Es ist in erster Linie die Aufgabe des Staates bzw. der Staatengemeinschaft, menschenwürdige Lebensbedingungen zu sichern und die globalen öffentlichen Güter zu schützen. Partnerschaften können und sollen staatliches Handeln nicht ersetzen, wohl aber sinnvoll ergänzen. Unsinnige Parallelstrukturen sind dabei zu vermeiden. Generell gehören auch Dissens und die Möglichkeit zur Selbstorganisation zu einer demokratischen Gesellschaft. Die Stärkung von Regeln zur friedlichen kollektiven Bearbeitung von Konflikten ist daher ebenfalls ein Ziel deutscher Entwicklungspolitik.

Die Zukunftsziele

Die deutsche Politik ist bereit, im Rahmen der **neuen globalen Partnerschaft** Verantwortung zu übernehmen, und erwartet dies auch von anderen. Die Umsetzung der Lösungsansätze und Handlungsoptionen der in den acht Handlungsfeldern dargestellten Zukunftsfragen erfordert politischen Willen und eine breite gesellschaftliche Verankerung. Unverzichtbar dafür ist aber auch die Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Ressourcen für die Ziele nachhaltiger Entwicklung. Um das Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, so bald wie möglich zu erreichen, muss die deutsche Politik ihre Anstrengungen erheblich verstärken. Die Zusagen bei der Klima- und Biodiversitätsfinanzierung wird Deutschland einhalten. Wir werden uns gemeinsam dafür einsetzen, dass die zusätzlichen Einnahmen aus der europäischen Finanztransaktionssteuer zu einem

bedeutenden Teil für die Entwicklungszusammenarbeit und den internationalen Klimaschutz eingesetzt werden. Darüber hinaus werden wir uns auch verstärkt für den Technologietransfer und den Aufbau von weiteren Kapazitäten für nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Wir wollen eine nächste Generation zielführender **Multi-Akteurs-Partnerschaften** weiterentwickeln. Bereits bestehende, erfolgreich arbeitende Partnerschaften und Initiativen zu neuen Partnerschaften wollen wir stärken, ihre gesellschaftliche Verankerung und ihre Wirksamkeit erhöhen. Die globale Impfallianz Gavi, „Cotton made in Africa“ oder die „kommunalen Klimapartnerschaften“ sind Beispiele für erfolgreiche und weiter zu unterstützen Partnerschaften. „Sustainable Energy for All“ und der „Runde Tisch Textil“ sind Initiativen, die es in erfolgreiche Partnerschaften zu überführen gilt.



08 Die neue globale Partnerschaft und Multi-Akteurs-Partnerschaften für die Umsetzung entwickeln

Die deutschen Kommunen haben sich intensiv in den Dialog zur Zukunftscharta eingebracht und sogar eine eigene **kommunale Zukunftscharta** erarbeitet. Darin wurden Positionen verschiedener deutscher Städte zum Thema nachhaltige Entwicklung zusammengeführt.

Deutsche Kommunen arbeiten zudem bereits in BMZ-geförderten Klimapartnerschaften mit Städten in Entwicklungs- und Schwellenländern zusammen. Seit 2012 verbindet die Bundesstadt Bonn und die chilenische Stadt Linares eine solche Partnerschaft.



In Bereichen, in denen bisher keine Partnerschaften existieren, diese aber erforderlich und möglich wären, um gesellschaftliche Probleme besser bearbeiten zu können, wollen wir Anstöße zu neuen Partnerschaften geben. Wir fördern breit angelegte Allianzen, um möglichst viel Know-how, Ressourcen und Unterstützung aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren zu mobilisieren. Aber dies wird nicht immer gelingen. Drängende globale Herausforderungen (wie der Klimawandel) warten

nicht, bis auch der Letzte mit „im Boot“ ist. Deshalb setzen wir auf Vorreiterallianzen, in denen sich die Akteure zusammenfinden, die konzeptionell und praktisch an der Spitze des notwendigen gesellschaftlichen Wandels in ihren jeweiligen Bereichen stehen. Gleichzeitig müssen Partnerschaften nicht immer „das große Rad drehen“. Auch kleinere Allianzen, wie zum Beispiel Städtepartnerschaften, können wichtige Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung leisten und sind deshalb zu unterstützen.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird unter breiter Beteiligung aller relevanten Akteure ein **Kriterienraster** für die Entwicklung und Umsetzung von Partnerschaften ausarbeiten, das als Orientierungsrahmen für existierende und bei der Vorbereitung von neuen Allianzen dienen kann. Wir wollen auswerten, warum Partnerschaften erfolgreich waren oder aber gescheitert sind. Kritik an bestehenden Partnerschaften werden wir bei der Weiterentwicklung des Partnerschaftskonzepts berücksichtigen. Als wesentliche Ursache für fehlgeschlagene Partnerschaften wird oft ein „Top-down“-Ansatz, also die unzureichende Einbeziehung der Betroffenen, selbst bei gut gemeinten Projekten identifiziert. Auch mangelnde Transparenz wird teils kritisiert. Aufbauend auf solchen Erfahrungen und vorliegenden Untersuchungen wollen wir die Voraussetzungen, Kriterien und Rahmenbedingungen für erfolgreiche Partnerschaften weiter konkretisieren. Im Rahmen des Prozesses zur Zukunftscharta wurden Kriterien für zukunftsweisende Partnerschaften identifiziert.

„Arbeit in Netzwerken und Partnerschaften bedeutet sehr häufig auch, einen Teil der eigenen Autonomie aufzugeben. Die Bereitschaft dazu ist eine wichtige Basis für den Erfolg solcher Partnerschaften.“



Ulrich Post,
Leiter Politik und Außenbeziehungen
bei der Deutschen Welthungerhilfe

Demnach sollten Partnerschaften

- ambitioniert, konkret und auf transformative Veränderungen im Sinne der Post-2015-Agenda ausgerichtet sein;
- eine klare und messbare Zielsetzung verfolgen, zugleich möglichst alle Dimensionen der Nachhaltigkeit berücksichtigen;
- „Bottom-up“ die lokale Bevölkerung bzw. deren Interessenvertretungen (Parlamente, Gewerkschaften etc.) bereits in der Planungsphase aktiv beteiligen, um angepasste Lösungen zu identifizieren, lokale Kapazitäten zu stärken und langfristige Anreize vor Ort zu schaffen (zum Beispiel Arbeitsplätze);
- eine anerkannte und mit ausreichenden Befugnissen ausgestattete Projektleitung und einen hinreichenden institutionellen Unterbau aufweisen;
- transparent arbeiten und allen Beteiligten und Betroffenen in Gremien Sitz, Stimme und Entscheidungsmöglichkeiten geben, wobei Ungleichgewichte gegebenenfalls auszugleichen sind;
- ein Konzept nachhaltiger Finanzierung für die gesamte Projektdauer aufweisen;
- eine regelmäßige, unabhängige Überprüfung der Ergebnisse sicherstellen.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird in Zusammenarbeit mit interessierten Partnern eine nationale **Plattform** aufbauen, die dazu dient, auf Basis dieser kontinuierlich weiter zu prüfenden Kriterien Partnerschaften gezielt zu entwickeln und zu fördern.

Beim Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen wird ab 2016 ein **Review-Mechanismus** den Mitgliedstaaten ermöglichen, einander freiwillig über die

nationale Umsetzung der globalen Ziele nachhaltiger Entwicklung zu berichten. Zum einen ist dieser Überprüfungs- und Rechenschaftsmechanismus ein zentraler Baustein der neuen globalen Partnerschaft. Zum anderen soll auch hier eine Plattform für Partnerschaften geschaffen werden. Die deutsche Politik sollte sich sowohl mit ihrer bis 2016 zu überarbeitenden Nachhaltigkeitsstrategie als auch mit weiteren nationalen Zielen und Zusagen, inklusive ihrer Beiträge zu Multi-Akteurs-Partnerschaften, diesem Review stellen.

Cotton made in Africa ist eine Initiative, die 2005 von Unternehmer Dr. Michael Otto ins Leben gerufen wurde. Durch die Initiative wird die nachhaltige Produktion von Baumwolle gefördert und die Lebensbedingungen afrikanischer Baumwollbauern werden verbessert.



Themenpaten

Durch die Themenpatinnen und Themenpaten wurde der Dialogprozess „Zukunftscharta“ von Beginn an durch anerkannte Entwicklungsexperten begleitet. Ihre Aufgabe bestand darin, Impulse in die Diskussion zu geben, Anregungen der Fachöffentlichkeit aufzunehmen sowie die wichtigsten Diskussionsstränge aus dem Onlinedialog zusammenzuführen und in die Themenforen einzubringen. Darüber hinaus haben sie die Erarbeitung der Zukunftscharta mit ihrer fachlichen Expertise unterstützt.



Dr. Imme Scholz

Stellvertretende Direktorin
des Deutschen Instituts für
Entwicklungspolitik

**Themenpatin ökologische
Dimension der Nachhaltigkeit**



Renate Bähr

Geschäftsführerin der Deutschen
Stiftung Weltbevölkerung

Themenpatin soziale Dimension



Prof. Dr. Joachim von Braun

Direktor am Zentrum für
Entwicklungsforschung an
der Universität Bonn

**Themenpate ökonomische
Dimension der Nachhaltigkeit**



Michael Windfuhr

Stellvertretender Direktor des Deutschen
Instituts für Menschenrechte

**Themenpate politische und kulturelle
Dimension der Nachhaltigkeit**



Dr. Marianne Beisheim

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der
Stiftung Wissenschaft und Politik

Themenpatin globale Partnerschaften

Beteiligte Organisationen und Initiativen

Folgende Organisationen und Initiativen haben sich am Dialogprozess „Zukunftscharta EINEWELT – Unsere Verantwortung“ beteiligt:

Brot
für die Welt

 eine welt
netzwerk bayern

Querdenker GmbH

 FAIRTRADE®

World Vision
Zukunft für Kinder!

A³ REGIO
AUGSBURG
WIRTSCHAFT
GMBH

EPIZ!
Globales
Lernen in
Berlin

 **JENA**
LICHTSTADT.

DIHK Deutscher
Industrie- und
Handelkammertag

 **BDI**
Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

 Promotorinnen
und Promotoren
für Eine Welt

SWP
Wissenschaftszentrum für Politik
Lehrstuhl für die Entwicklungspolitik und die Länderstudien

 **ZEGG**

 **südsüd**
INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE

 Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen e.V.
United Nations Association of Germany

AGEH
mitmenschen.
Arbeitsgemeinschaft für
Entwicklungshilfe e.V.

 **SENAT DER
WIRTSCHAFT**

 **Michael Succow Stiftung**
zum Schutz der Natur

 **care**

 **UN WOMEN** NATIONALES KOMITEE
DEUTSCHLAND
United Nations Entity for Gender Equality
and the Empowerment of Women

 **AGDF**

 **Deutscher Auslandsbau-Verband
(DABV) e.V.**

 **RFPD**
Population & Development

 **WUS**
World University Service

 **International Institute for Religious Freedom
IIRF**

 **Arbeitsstelle Weltbilder e.V.**
Fachstelle für Interkulturelle Pädagogik und Globales Lernen

 **manager
ohnegrenzen
without borders
sans frontières
sin fronteras**

 **welt
hunger
hilfe**

Beteiligte Organisationen und Initiativen

Karlsruhochschule
International University



BeN
Bremer
entwicklungspolitisches
Netzwerk e.V.



MISEREOR
IHR HILFSWERK



nes
Netzwerk Entwicklungspolitik
im Saarland e.V.



zfd Ziviler Friedensdienst



agl arbeitgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.v.

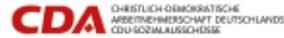
DenkwerkZUKUNFT
Stiftung kulturelle Erneuerung



Beteiligte Organisationen und Initiativen



Beteiligte Organisationen und Initiativen



... und viele weitere Expertinnen, Experten sowie Bürgerinnen und Bürger.



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Projektgruppe Zukunftscharta

Gestaltung

Iris Christmann und Christian Mentzel (cmuk), Wiesbaden

Lektorat

textschrittmacher, Lübeck

Lithografie

Andreas Groß, Frankfurt am Main

Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin

Papier

Satimat Green

Das Original wurde auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Bildnachweis

Cover: Fotolia/Dron, Seite 02: Ralf Rühmeier, Seite 04: Ralf Rühmeier, Seite 07: Thomas Ecke, Seite 08: Ralf Rühmeier, Seite 11: Picture-Alliance/dpa, Seite 12: Picture-Alliance/dpa, Seite 13: Picture-Alliance/dpa, Seite 14: Picture-Alliance/dpa, Seite 15: Picture-Alliance/dpa, Rainer Dröse, Seite 16: Picture-Alliance/dpa, Matthias Merz, Seite 17: KfW-Bildarchiv/photothek.net, Seite 19: Picture-Alliance/dpa, Seite 20: Picture-Alliance/dpa, Seite 21: KfW-Bildarchiv/photothek.net, Frederic Schweizer, Seite 22: Corbis/Galen Rowell, Matthias Merz, Seite 23: Picture-Alliance/dpa, Seite 25: Dirk Ostermeier, Seite 26: KfW-Bildarchiv/photothek.net, Seite 27: Picture-Alliance/dpa, Rainer Dröse, Seite 28: KfW-Bildarchiv/photothek.net, Seite 29: KfW-Bildarchiv/photothek.net, Christina Kloodt, Seite 31: Corbis/Sebastian Backhaus, Seite 32: KfW-Bildarchiv/Bernhard Schurian, Seite 33: Matthias Merz,

Seite 34: Getty Images/AFP, Matthias Merz, Seite 35: KfW-Bildarchiv/Thomas Klewar, Seite 37: Philipp Jahn, Seite 38: Miriam Speh, Ralf Rühmeier, Seite 39: Michael Tsegaye, Seite 40: Getty Images/Aldo Pavan, Seite 41: Sebastian Widmann, Seite 43: Corbis/Joshua Dalsimer, Seite 44: Picture-Alliance/dpa, Seite 45: KfW-Bildarchiv/Angelika Kohlmeier, Ralf Rühmeier, Seite 46: Jörg Böhling, Seite 47: Picture-Alliance/dpa, Seite 49: Getty Images/photolibrary, Seite 50: Fotolia/Jasmin Merdan, Seite 51: privat, Seite 52: Corbis/Peter Essick, Seite 53: Jörg Böhling, Seite 55: Jörg Böhling, Seite 56: privat, Seite 57: Gavi/Kinze Muété, Seite 58: Klima-Partnerschaften/Verena Schwarte, Seite 59: Paul Hahn, Ralf Rühmeier, Seite 60: Ralf Rühmeier, Frederic Schweizer

Bezugsstelle

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09 | 18132 Rostock

Tel. +49 (0) 1805 77 80 90 (Festpreis 14 Cent/Min.,
abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich)

Fax +49 (0) 1805 77 80 94

E-Mail publikationen@bundesregierung.de

Postanschriften der Dienstsitze

BMZ Bonn

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn

Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0

Fax +49 (0) 228 99 535 - 3500

E-Mail poststelle@bmz.bund.de

Website www.bmz.de

BMZ Berlin | im Europahaus

Stresemannstraße 94

10963 Berlin

Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0

Fax +49 (0) 30 18 535 - 2501

Stand: Januar 2015

